



Älteste Anzeigenzeitung in Beeskow und Umgebung

Dellenentfernung ohne Lackieren?!

schnell - kompetent - professionell



DeServ Dellenservice
Inhaber: Patrick Stoye
zertifizierter Dellentechniker

📍 15848 Beeskow
@ info@deserv-dellenservice.de
🌐 www.deserv-dellenservice.de

Wir sind für Sie unterwegs, aus diesem Grund bitten wir um telefonische Terminabsprache.

☎ **0171 2172369**

Landrat Lindemann über Flüchtlinge: „Unzivilisiertes Verhalten, Einschüchterungen, übelste sexistische Beschimpfungen“

Die aktuelle Migrantenwelle übertrifft selbst die Dimensionen der Flüchtlingskrise von 2015. Nach Brandenburg schickt der Bund rund 33.000. Es geht also um die Einwohnerzahl einer Stadt wie Fürstenwalde, die im Jahr untergebracht werden muss. Der Landkreis Oder-Spree nimmt nach jetzigem Stand 1.607 neue Flüchtlinge auf, Tendenz steigend.

Am 31.08.2021 rief die jetzige grüne Außenministerin unter dem großen Applaus des Publikums in Cottbus die Schutzsuchenden der Welt auf, nach Deutschland zu kommen: „Wir haben Platz!“ Das stimmt mit der Realität allerdings nicht wirklich überein. Der scheidende Landrat Rolf Lindemann (SPD) beschreibt in seinem Geschäftsbericht vom 01.03.2023 die Situation und – erstaunlicherweise – auch die Gefahren der ungebremsten Massenzuwanderung.

Während Sozialministerin Nonnemaker (Grüne) am 09.03.23 über die riesige Zuwanderung jubelte, weil das die Kultur bereichere und die Wirtschaft endlich die benötigten Fachkräfte erhalte, sieht das der SPD-Landrat von Oder-Spree etwas anders. Er schreibt, dass in den nächsten Wochen „ganz überwiegend allein reisende Männer“ kommen werden. Sie sollten besser nicht in Mehrfamilienhäusern untergebracht werden: „Hier verbietet es sich bereits aus Akzeptanzgründen, solche Wohnungen mit männlichen Einzelpersonen zu belegen“, schreibt Landrat Lindemann.

Und weiter: „Die unmittelbaren Auswirkungen werden wir vor Ort

zu spüren bekommen. Insofern gilt es jetzt, die richtigen Schlussfolgerungen aus diesen Erkenntnissen zu ziehen und uns zügig mit neuen Unterbringungskapazitäten und der begleitenden sozialen Infrastruktur zu versehen.“ Dafür ist eine Stabsgruppe eingerichtet worden, deren Aufgabe es u.a. ist, in den einzelnen Gemeinden mit kreiseigenen Grundstücken und Zukäufen Asylantenheime zu errichten, zusätzliche Mitarbeiter für die Behörden zu finden usw. Noch in diesem Jahr werden in LOS Flüchtlingsunterkünfte wie Pilze aus dem Boden schießen, und zwar auch in kleineren Gemeinden, die diese Problematik so nicht kennen – insbesondere mit „männlichen Einzelpersonen“, wie es im Amtsdeutsch heißt. Landrat Lindemann schreibt von „acht Jahren krisenhafter Zuspitzung“.

Die Bundesregierung hat keinerlei politischen Willen, diesen Zuzug zu stoppen. Im Gegenteil. Die Außenministerin wirbt aktiv für die Einreise nach Deutschland und fliegt sogar Islamisten aus Afghanistan auf Steuerzahlerkosten ein. Es handelt sich um eintausend Personen pro Monat, von denen jeder noch einmal zehn „Angehörige“ mitbringen darf. Die zuständige deutsche Botschaft in Islamabad schlägt inzwischen Alarm, denn auf den Einreiselisten stehen Scharia-Richter und weitere Islamisten. Selbst gefälschte Pässe würden nicht zu einer Ablehnung führen und angebliche „Angehörige“ gehörten in Wahrheit gar nicht zur Familie, was aber ebenfalls nicht zu einer Verweigerung der Flugtickets führe. Das

geht aus einem vertraulichen Schreiben des deutschen Botschafters in Pakistan hervor, der zu dem „Aufnahmeprogramm“ der Bundesregierung Stellung bezieht. Angeblich sollten schutzbedürftige Afghanen ausgeflo-

gen werden. Tatsächlich nutzten Islamisten das Programm. Jeden Monat zehntausend Neuankömmlinge. Ganz legal und bequem mit Flugzeugen.

Ob Landrat Rolf Lindemann von die-

Fortsetzung auf Seite 2

Sie sind wieder da: Zinsen für Sparer!

Bis zu **2%** p. a.

Jetzt Termin vereinbaren!



BSK 07/23 erscheint am 29.03.23
Anzeigen- und Redaktionsschluss ist am 23.03.23, 12 Uhr.

EP: Electro Christoph
Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -

Unser Service macht den Unterschied

- Hausgeräteservice
- alle Fabrikate
- Einbaugeräteservice

Hausgeräte-Kundendienst Service: (03361) 6 92 25

S Sparkasse Oder-Spree

s-os.de

Landrat Lindemann schildert Zustände im Flüchtlingsheim: „Müll oder Waschbecken – alles wird aus dem Fenster geworfen!“

weiter von Seite 1

sem Umstand weiß, ist nicht bekannt. Er bezieht sich auf Brandenburgs Innenminister Stübgen, wenn er schreibt: „Insbesondere die Balkanroute werde von einer regelrechten Schlepperindustrie mit Kleinbussen angebotsseitig bearbeitet. Auf der Mittelmeerroute habe man eine 40-prozentige Steigerung der Geflüchteten-Zahlen registriert.“

Der Landrat klingt über die gesamte Situation ziemlich verzweifelt, aber auch erleichtert, dass er sich diesen Herausforderungen nicht mehr stellen muss: „Da wir damit rechnen, dass die schwierigste Phase sich im zweiten Halbjahr 2023 ergeben wird, ist es mit Blick auf den Landratswechsel sinnvoll, diese Aufgabe bereits jetzt in Hände des 1. Beigeordneten und der Sozialdezernentin zu geben, die eine kontinuierliche Arbeit sicherstellen können.“

Lindemanns Geschäftsbericht wirft ein Licht auf die Situation in Europa, in der Deutschland mit seinem unbegrenzten Aufnahmewillen immer mehr in eine Sonderrolle gerät: „Italien nehme auch keine Flüchtlinge mehr auf, sondern lasse diese ungehindert durchreisen. In ähnlicher Weise habe sich die neue rechtsgerichtete schwedische Regierung aus der Flüchtlingsaufnah-

me ausgeklinkt.“

Neben dem Zuzug aus dem arabischen Raum kommen weitere Probleme aus einer anderen Richtung: „Es drohe weiteres Ungemach dadurch, dass der erleichterte Aufenthaltsstatus der Ukrainer in Polen Ende März auslaufe, sodass im Moment nicht zu übersehen sei, inwieweit dann eine weitere Fluchtwelle auch auf Deutschland zukomme. Gegenwärtig gebe es auch eine Diskussion in Polen über die Absenkung des Sozialleistungsniveaus für Ukrainer“, so Lindemann. Polen wird die Ukrainer an ihren Unterbringungskosten beteiligen, in Deutschland bleibt hingegen alles kostenlos – für Migranten wohlgemerkt. Deutschland hat bereits das höchste Steuern- und Abgabenniveau der Welt und gleichzeitig im europäischen Vergleich ein sehr niedriges Rentenniveau. Aber all das reicht nicht aus. Es ist zu wenig Geld da. Der Landrat beklagt sich, dass der Bund trotz immer weiter steigender Zahlen immer weniger bezahle: „Im schlimmsten Jahr 2022 mit einem Zugang von 1,5 Millionen Menschen wurden vom Bund nur 23% der Kosten übernommen.“

Der Landrat sieht auch Probleme bei der Akzeptanz durch die Einwohner: „Wir bemerken einen dramatischen Stimmungswandel an den bisherigen

Schwerpunkten der Flüchtlingsunterbringung.“

Was in den einzelnen Gemeinden passieren könnte, macht er am Beispiel Wiesenau deutlich: „Hier haben etwa 150 - 190 Bürger am 13. Februar auf einer Bürgerversammlung, die bereits in der Einladung davon sprach, Bürgermeister und Amtsdirektor zur Rede stellen zu wollen, dem Landrat und der Sozialdezernentin unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie das „Volk“ seien und sie in Wiesenau keine Ausländer haben wollten. Wenn der Landrat das nicht einsehe und er dem Druck von oben nicht gewachsen sei, müsse er eben zurücktreten. Diese aggressive und anmaßende Haltung wurde dann auch in der Demonstration am 25. Februar nochmals bekräftigt“, stellt Lindemann in seinem Geschäftsbericht fest. Aus Eisenhüttenstadt berichtet er: „Bürger beklagen sich über das zum Teil unzivilisierte Verhalten der dort Unterbrachten. Insbesondere Frauen und ältere Menschen scheuen sich dem Vernehmen nach davor, bestimmte Einkaufseinrichtungen aufzusuchen, weil hier sehr dominant auftretenden Flüchtlingsgruppen mit ihrer Raumbherrschaft die Leute einschüchtern.“ Anfang März sind auch in Fürstentwalde und Beeskow Supermärkte von einem „Schutzsuchenden“ verwüstet worden. Belegschaft und einheimische Kunden standen hilflos und verängstigt vor den massiven Randalen. Entsprechende Videos im Netz zeigen das Geschehen ungeschönt.

Der Landrat schreibt weiter von Eisenhüttenstadt, wo „nicht hinnehmbare Verhältnisse herrschen“: „Gegenstände, deren man sich entledigen will, vom Müll bis zum Waschbecken, werden aus dem Fenster geworfen.“

Lindemann fordert „die Rückführung von Leuten, die hier ständig mit dem Gesetz in Konflikt geraten.“

Er beschreibt „Einzelfälle“ aus der Kreisverwaltung, die – Zitat – „die zumeist weiblichen Sozialarbeiter in nicht hinnehmbarer Weise traktieren. Übelste Beschimpfungen, gerade auch

mit sexistischem Gehalt sind hier an der Tagesordnung. Jede und jeder, der den Servicewünschen dieser Bewohner nicht entgegenkommt, wird kurzerhand als Rassist abgekanzelt.“

Über einen anderen Migranten schreibt der Landrat: „Beispielsweise beschäftigen wir uns seit längerer Zeit mit einem Intensivtäter afghanischer Herkunft, der eine Latte von 47 Strafanzeigen mit sich herumschleppt, darunter auch Tatbestände der Bedrohung und der gefährlichen Körperverletzung sowie des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz. Unsere Justiz war bisher offensichtlich nicht in der Lage, hier die angemessene Reaktion folgen zu lassen. Dieser Mensch demoliert uns regelmäßig die Gemeinschaftsunterkunft, er beschädigt mutwillig die Autos unserer Mitarbeiter, er bedroht Sparkassenangestellte und verletzt sie und der Rechtsstaat scheint sich ins Homeoffice zurückgezogen zu haben.“ Der Euphorie der brandenburgischen Sozialministerin („Kulturbereicherung und Fachkräfte“) sowie dem Aufruf zur Einreise durch die Außenministerin („Wir haben Platz!“) kann der scheidende SPD-Landrat nichts abgewinnen.

Ich selbst habe ihn zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 in der Gemeindevertretung Woltersdorf noch ganz anders erlebt. Damals kanzelte Lindemann die besorgten Bürger in unangemessener Art und Weise ab und unterstellte ihnen Ausländerfeindlichkeit. Er war damals der zuständige Beigeordnete. Die Menschen brachten ihm damals genau das vor, was jetzt in seinem Geschäftsbericht steht. Sein damaliger SPD-Parteivorsitzende Martin Schulz, rief den Deutschen zu: „Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold!“ Mehr als sieben Jahre später ist immerhin Lindemann in der Realität angekommen. In der Bundespolitik läuft allerdings alles unverändert in Merkel'scher Tradition: Jeder darf rein, keiner muss wieder raus. Alles wird bezahlt.

Michael Hauke

Tel.: 0151 5218 2102 o. 0171 4107 844
WWW.METALLBAUCHROSTOWSKI.PL

METALLBAU CHROSTOWSKI

PULVERLACKEREI ZÄUNE

CAMPO.STUDIO
INNEN UND AUSSEN TREPPE

TREPPE 017-141-078-44

CARPORTS STAHLKONSTRUKTIONEN

Aufmaß und Beratung Kostenlos!

Beilagenhinweis

Reifenservice Knoblich

Der abgebildete Prospekt wurde in dieser Ausgabe der BSK beigelegt.

Wir bitten freundlich um Beachtung.

Wir stellen auch Kleinauflagen ab 1.000 Ex. zuverlässig und zielgenau zu.

Rufen Sie uns an: 03361 - 57179

Der Wolf ist zurück...



von Jan Knaupp

... und mittlerweile gibt es mit ihm große Probleme. Seit fast 30 Jahren breiten sich die Tiere aus, die Population nimmt Ausmaße an, die mittlerweile als Bedrohung der Existenz von Landwirten, Weidetierhaltern und Kleinbauern angesehen werden muss. Nutztiere jeglicher Art, aber mittlerweile auch schon Haustiere, stehen auf dem Speiseplan von Isegrim. Weiden und Koppeln mit Schafen, Ziegen und Rindern werden immer häufiger von Wolfsrudeln angegriffen. Selbst Herdenschutzhunde bieten keine absolute Sicherheit und werden immer wieder selbst zu Opfern.

Die Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) hat am 07.09.2022 in einem aktuellen Bericht auch zu den wolfsverursachten Schäden in Deutschland 2021 informiert. Aus diesem geht hervor, dass die Übergriffe durch Wölfe deutschlandweit um 3,5 Prozent zugenommen haben. Hier in Brandenburg stieg die Zahl der gerissenen Nutztiere wohl sogar um über 35% gegenüber zum Vorjahr – von 864 auf 1173. Darunter sind auch 172 Rinder sowie Pferde, Alpaka, Hunde und Hühner. Die Zahl der bestätigten Wolfsübergriffe stieg ebenfalls um 36 Prozent zum Vorjahr. Brandenburg ist damit trauriger Spitzenreiter und hat mit über 900 bestätigten Wölfen die weltweit höchste Wolfsdichte.

Beklatschen die Wolfs-Enthusiasten in den verschiedenen Natur- und Artenschutzvereinen und die entrückten Verfechter einer flächendeckenden Wolfspopulation auf politischer Ebene noch immer die Rückkehr des Raubtieres, ist der Wolf mittlerweile im ländlichen Raum zu einer omnipräsenten Gefahr geworden.

Schlagzeilen: „Wölfe reißen innerhalb einer Woche zwei Kälber in Ortsnähe zu Ranzig bei Beeskow (MOZ, 07.03.2023)“, „Beim Gassigehen im Wald: Wölfe reißen Collichündin und fressen sie teilweise auf (MOPO, 07.03.2023)“, „Herdenschutzhund von Wolf getötet (MDR, 01.03.2023)“,

„Oberspreewald: Wolf reißt sieben Kamerunschafe... (23.02.2023, Lausitzer Rundschau)“, „Tödlicher Wolfsangriff auf Hund (ndr.de, 13.12.2022)“, „Vermehrte Wolfsrisse um Eberswalde – immer näher an Wohngebieten (MOZ, 07.03.2023)“, „Acht Schafe in Ahrensdorf / Rietz Neuendorf getötet – weitere Wolfsrisse befürchtet (MOZ, 28.11.2022)“, Blutbad auf Schafswiesen bei Guben und Spremberg (LR, 14.07.2022), usw. usw.

Wenn man bei Google unter News „Wolfsrisse Deutschland“ eingibt, erhält man so eine Vielzahl von aktuellen Berichten über Wolfsangriffe, dass man sich fragt, warum passiert hier so wenig, um diese Gefahr einzudämmen?

1990 wurden die Raubtiere unter gesetzlichen Schutz gestellt, der Wolf ist nach dem Bundesnaturschutzgesetz eine streng geschützte Tierart. Dagegen ist nichts zu sagen! Das entspricht den Richtlinien über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Tiere in ihren natürlichen Lebensräumen (Berner Konvention, 1979).

Seitdem hat aber die Population enorm zugenommen. Der Wolf sucht sich mittlerweile seine Beutetiere nicht mehr nur in seinen „natürlichen Lebensräumen“. Mittlerweile jagen die Rudel nicht nur im „tiefen, tiefen Wald“ das Grimm'sche Rotkäppchen und alte Großmütter – nein, sie jagen auf Weideflächen, sie jagen dicht an bewohnten Gebieten und teilweise sogar direkt an und in von Menschen besiedelten Ortschaften.

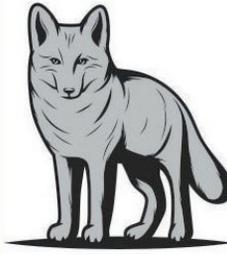
Da sie keine natürlichen Feinde haben, die Bejagung durch den Menschen verboten ist, haben sie auch jegliche Scheu verloren. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich habe nichts gegen die Tiere. Ich habe aber etwas dagegen, wenn falsch verstandener Tierschutz und die romantische Wolfsfaszination der Stadtmenschen in den politischen Gremien für noch mehr Schaden sorgen als bisher schon geschehen.

Es muss die Möglichkeit gegeben sein, Nutz- und Haustiere vor Übergriffen zu schützen, es muss die Möglichkeit gegeben werden, den Wolf aus besiedelten Gebieten zu vertreiben. Und es muss die Möglichkeit einer Regulierung der explodierenden Wolfspopulation geben! Jegliche Untertreibung der realen Problematik, ist hier fehl am Platz. Der Wolf ist zurück!



Ein Rehkadaver, 10m hinter einem Grundstück in Lindenberg

Vorsicht! Hier ist ein Wolfsgebiet!



- Hunde an der Leine führen
- Kinder an der Hand führen
- Nur in der Gruppe Wandern und Joggen

Wenn Sie einen Wolf sichten:

Nicht flüchten, laut in die Hände klatschen und den Jäger / Wolfsbeauftragten verständigen!



Wölfe eines Rudels von 9 Tieren im Wald zwischen Lindenberg und Premisdorf, Aufnahme mit Wildkamera.

○ -7 °C 20 °F 2023/02/08 08:11:11



Wolfsriss in der Mutterkuhherde Ranzig, Ende Februar 2023



Gerissene Schafe in Ahrensdorf, 27.11.2022, Foto: Silke Seidel

Spiegel im Spiegel

Landesjugendchor Brandenburg
zu Gast in Fürstenwalde

Der Landesjugendchor Brandenburg präsentiert unter Leitung von Claudia Jennings sein diesjähriges Konzertprogramm erstmals am Sonntag, d. 26. März 2023 um 15 Uhr im Dom St. Marien Fürstenwalde.

Auf dem Programm stehen a-cappella-Werke verschiedener Epochen, die einerseits wie alle Künste Spiegel der Gesellschaft sind und andererseits sich durch gemeinsame Themen spiegeln.

Es erklingen u.a. Werke von Schütz, Monteverdi, Mendelssohn Bartholdy, Rheinberger, Holst, Britten, Nystedt, Eriksson u.a.

Der Eintritt ist frei, um Kollekte wird gebeten.



www.jabitte.com

Offsetdruck	
Siebdruck	
Digitaldruck	
Textildruck	
Grafikdesign	
Webdesign	
Schilder	
Beschriftungen	
Stempel	

Pfaffendorfer Chaussee 35
15848 Rietz-Neuendorf

Tel. 033672 72617
Fax 033672 72615
info@jabitte.com

Der Landesjugendchor Brandenburg wurde 1991 gegründet. Das Gründungskonzert fand 1992 in der Musikakademie Rheinsberg statt. Seit November 2016 steht das Ensemble unter der künstlerischen Leitung von Claudia Jennings. Der Landesjugendchor Brandenburg wird vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur gefördert. Die ca. 36 Sängerinnen und

Sänger, größtenteils Studenten im Alter von 17-28 Jahren, kommen aus dem gesamten Land Brandenburg und treffen sich etwa fünfmal im Jahr zu intensiven Probenphasen und Konzerten. Das Ensemble wurde zu zahlreichen Gastspielen im In- und Ausland eingeladen.

**Sonntag, d. 26. März 2023, 15 Uhr
im Dom St. Marien Fürstenwalde**

Ihre Termine per e-mail:
j.knaupp@hauke-verlag.de

Alle Termine basieren auf Informationen der jeweiligen Veranstalter bzw. aus öffentlichen Veranstaltungsprogrammen. Für die Richtigkeit übernimmt der Verlag keine Gewähr.

Strafanzeigen gegen Tesla und Landratskandidat Sascha Gehm (CDU)

Tesla Gigafactory und Leiter Dezernat Bauen, Ordnung und Umwelt des Landkreises Oder-Spree, Sascha Gehm, in der Kritik

Der Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e.V. (VNLB) hat zu folgenden Sachverhalten Strafanzeigen gestellt: Pfählungen im Wasserschutzgebiet durch Tesla.

Am 06.02.2023 informierte der VNLB gemeinsam mit der Grünen Liga Brandenburg über die Pfählung. Mittlerweile ist bekannt, dass die Pfählung ohne Genehmigung im Auftrag von Tesla erfolgte. Die Rammung der Pfähle wurde nicht unterbrochen. Es ist nicht der erste Vorgang dieser Art. Der VNLB stellte Strafanzeige gegen Tesla.

Baubeginn des Werk-Shuttle ohne Baugenehmigung

Während der 36. Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung am 16.02.2023 teilte Minister Beermann (CDU) mit, dass das Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg am 10.02.2023 den Bescheid zur Genehmigung zur Errichtung eines Werk-Shuttles zwischen Erkner und Freienbrink Süd erlassen hat. Bei der Betrachtung der bei YouTube veröffentlichten Video-

aufnahmen wird deutlich, dass die Bauarbeiten zur Errichtung des Werk-Shuttles bereits vor dem 10.02.2023 erfolgten. Die Bauarbeiten vor dem 10.02.2023 erfolgten daher ohne Baugenehmigung. Der VNLB stellte Strafanzeige gegen Tesla.

Bis heute keine funktionierende Kontrolle des Baus und des Betriebes der Tesla Gigafactory etabliert – Strafanzeige gegen Vertreter des Landkreises Oder-Spree

Durch Ministerpräsident Woidke wurde mit Bekanntgabe der Tesla-Ansiedlung mitgeteilt, dass eine Task Force Tesla mit der Arbeit beginnt. Diese Task Force soll sich um alle Belange um die Tesla Ansiedlung kümmern und die Arbeit verschiedener Fachbereichen koordinieren. Die Mitglieder des VNLB gingen davon aus, dass sich die Arbeit auch auf die Sicherheit bei der Errichtung und dem Betrieb der Anlage bezieht. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Trotz massiver Kritik an der Errichtung der sogenannten „Gigafactory“ in einem Wasserschutzgebiet, wurde bis heute keine funktionierende Kontrolle des Baus und des Betriebes gesichert.

Der VNLB stellte daher gegen Sascha Gehm, erster Beigeordneter des

Dezernat III für Bauen, Ordnung und Umwelt, Strafanzeige wegen mangelnder Aufsicht und Kontrolle der Tesla Gigafactory.

Landratswahl Oder-Spree 2023 - Zweifel an der Eignung des Kandidaten Sascha Gehm (CDU) für dieses Amt

Eine besondere Bedeutung kommt dem ersten Beigeordneten des Dezernat III für Bauen, Ordnung und Umwelt des zuständigen Landkreises, Sascha Gehm, zu. Er ist von Amtes Wegen zur Aufsicht der Vorgänge verpflichtet und hat eine koordinierende Funktion zwischen den verschiedenen Fachbereichen. Darüber hinaus vertritt er den Landkreis Oder-Spree in der Tesla Task Force und hat dadurch enge Kontakte zur Landesregierung, zu den beteiligten Behörden und nicht zuletzt zu Tesla.

Am 23. April 2023 findet die Wahl des Landrates des Landkreises Oder-Spree statt. Sascha Gehm kandidiert für dieses Amt. Es bestehen berechtigte Zweifel an der Fähigkeit Sascha Gehms diesem Amt im Interesse der Menschen des Landkreis auszuüben.

Manu Hoyer

Verein für Natur und Landschaft in Brandenburg e.V. (VNLB)

Unsere Osterausgabe erscheint am 29.03.23.

Anzeigen- und Redaktionsschluss ist am 23.03.23, 12 Uhr.



**DAS LEBEN IST BUNT -
ABSCHIED IST himmelblau!**

BEESKOW
Sprebestattung

Am Markt 2 · 15848 Beeskow · 03366 410 23 13

Weitere Details zum Skandalbaugebiet „Am Bahrendorfer See“ – Kämmerer kann sich nicht entlasten

Beeskow. Rund um die dubiose Vergabepraxis der Grundstücke im Beeskower Wohngebiet „Am Bahrendorfer See“ wird von mehreren Seiten versucht, die Situation kleinzureden. So behauptete Justizministerin Hoffmann, der Kämmerer habe sich doch gar nicht „als Erster“ für eines der fraglichen Grundstücke registrieren lassen. Was wohl den Vorwurf widerlegen soll, er – der über Insiderwissen verfügte – habe sich ein wertvolles Grundstück gesichert, das die Stadt Beeskow ohne Ausschreibung und unter den eigenen Kosten an ihn verkauft hat.

Den Akten der Stadt Beeskow zufolge hat sich der Kämmerer jedoch am 6. Juli 2017 als zweiter Interessent ein Grundstück reserviert. Damit nur wenige Tage nach dem Kauf des Grundstücks durch die Stadt und etwa 24 Stunden nach dem ersten Interessenten. Somit war er sehr wohl „einer der Ersten“, der sich ein Grundstück reservierte. So, wie es seitens der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion korrekt dargestellt wurde... wobei es angesichts der Zeitschiene völlig irrelevant ist, ob die Reservierung als Erster oder als Zweiter erfolgte.

Interessant ist dies auch, weil der Wunsch der Stadt nach einer Umwandlung in ein Wohngebiet zu diesem Zeitpunkt offiziell (also in einer für die Öffentlichkeit erkennbaren Weise) noch gar nicht feststand. Die Stadt Beeskow erwarb das Grundstück laut Beschlussvorlage in der Stadtverordnetenversammlung vom 13.06.2017, ohne sich zu diesem Zeitpunkt auf eine bestimmte Nutzung festzulegen. Erst mit Beschluss vom 27. Februar 2018, mithin 8 Monate nach der Interessensbekundung des Kämmerers am Kauf des Grundstücks, hat die Stadtverordnetenversammlung einen Bebauungsplan

aufgestellt, der über Nutzung und Parzellierung der Grundstücke eine Vorentscheidung traf.

Offenbar nimmt das Rathaus Beeskow hierbei auch keinen Anstoß an der Tatsache, dass der auf Platz zwei der Interessentenliste stehende Kämmerer sowohl für den vorherigen Kauf des Grundstücks als auch für den anschließenden Bebauungsplan und sogar die Führung der Reservierungslisten zuständig war.

„Weder Bürgermeister Steffen noch Kämmerer Schulze können sich mit den Verharmlosungsversuchen entlasten. Fakt ist, Kämmerer und Bekannte des Bürgermeis-

ters haben bereits an einem Rennen um billige Baugrundstücke teilgenommen, noch bevor die Öffentlichkeit von konkreten Planungen zur Ausweisung eines Wohngebiets erfahren haben kann. Anschließend hatten Bürgermeister und Kämmerer entscheidenden Einfluss auf Grundstücksgrößen und Kaufpreise. Natürlich muss so etwas aufgeklärt werden und Thema im Rechtsausschuss sein“, so Péter Vida, rechtspolitischer Sprecher der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

„Der Bodenrichtwert hat sich mittlerweile auf 120 Euro pro Quadratmeter verdreifacht, und liegt mittlerweile weit über dem

restlichen Stadtgebiet außerhalb des Zentrums. Insbesondere bei den völlig unüblichen Grundstücksgrößen wie 1.324 Quadratmeter für den Kämmerer ergibt sich ein stattlicher Vermögenszuwachs innerhalb von nur drei Jahren. Die Mehrkosten von 2 Millionen Euro zur Beräumung des ursprünglichen Grundstücks wurden derweil auf die Bürger Beeskows abgewälzt“, so Stadtverordneter Christian Wernicke von der Wählergruppe „Beeskow und Ortsteile im Blick“.

**BVB / FREIE WÄHLER Fraktion
im Landtag Brandenburg**

Impressum
BSK erscheint im 32. Jahrgang

Verlag: Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Chaussee 44, 15517 Fürstenwalde, Tel.: (03361) 5 71 79
www.hauke-verlag.de
(hier finden Sie auch unsere DSGVO-Informationen)

Postanschrift: Michael Hauke Verlag e.K., Alte Langewahler Chaussee 44, 15517 Fürstenwalde. V.i.S.d.P.: Michael Hauke.
E-Mail: info@hauke-verlag.de. **Druck:** BV Berliner Zeitungsdruck GmbH, BSK erscheint alle 14 Tage am Montag/Dienstag im Altkreis Beeskow. Es gelten die Mediadaten unter www.hauke-verlag.de. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist jeweils am Mittwoch vor Erscheinen, 12.00 Uhr.

Anzeigenblätter in Brandenburg seit 1990

**HAUKE
VERLAG**

Die Zeitungen des Hauke Verlages:

BSK, die Beeskower Zeitung
Tel. 03361 57179
Jan Knaupp: 0172 600 650 2

FW, die Fürstenwalder Zeitung
Tel. 03361 57179
Jan Knaupp: 0172 6006502
Norbert Töbs: 0152 54247992

Kümmels Anzeiger
Tilo Schoerner: 03361 57179
Norbert Töbs: 0152 54247992

Grundgesetz, Artikel 5
Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.



SoftSyncPro® INTERNET AGENTUR



Dipl.-Inf. (FH) Thomas Schreiber

Für ein modernes & effektives Webdesign.

Wir setzen Ihren Webauftritt um, und machen Sie sichtbar im Internet.

EFFEKTIVITÄT BEIM WEBDESIGN STEHT AUF 4 SÄULEN

DESIGN



Wir erstellen Ihnen ein zielgruppenorientiertes Design nach Ihren Vorstellungen. „Good Design is Good Business.“

SICHTBARKEIT



Wir bringen Sie in den Suchmaschinen ganz weit nach vorne. „Wer nicht gefunden wird, existiert auch nicht im Internet.“

PERFORMANCE



Ihre gesamte Anwendung muss schnell sein, niemand will warten. „Wir wissen, wie das geht – Performance ist ein Feature.“

SICHERHEIT



Wer ein Haus baut, baut zuerst das Fundament. Auch Ihre Internetpräsenz sollte auf einer soliden technischen Grundlage stehen. „Safety first.“



Made by "Atelier-Vril"

SoftSyncPro Internetagentur
Dipl.-Inf. (FH) Thomas Schreiber
☎ 0179 - 39 47 860
kontakt@softsyncpro.de | www.softsyncpro.de
15848 Rietz-Neuendorf bei Beeskow
Metropolregion Berlin | Brandenburg



+150 WEB-PROJEKTE ERFOLGREICH UMGESETZT

LOS-Landratskandidat Thomas Löb: „Statt Anbiederung an Tesla wäre demokratisches Verhalten wichtig“

LOS-Landratskandidat und ÖDP-Spitzenmann Thomas Löb kritisiert Wirtschaftsminister Steinbach für vorschnelle und undemokratische Zusagen zur Werkerweiterung in Grünheide.

„Fassungslos“, zeigt sich der LOS-Landratskandidat und amtierende Landeschef der ÖDP in Brandenburg, Thomas Löb, über den aktuellen

Wirtschaftsminister des Bundeslands. Jörg Steinbach (SPD) hatte sich mit breitem Grinsen bei einem offiziellen Besuch im US-Werk des E-Autobauers Tesla in Austin (Texas) hemdsärmelig im T-Shirt samt Tesla-Aufdruck neben dem dortigen Leiter für Politik und Geschäftsentwicklung ablichten lassen. „Ein solches Fanboy-Gehabe ist ein absolutes No-

Go für einen Wirtschaftsminister, zudem eine absolute Anbiederung derart ungeniert bei einem offiziellen Termin Firmenlogos am Körper tragend zu veröffentlichen. Auf den ersten Blick könnte man gar den Tesla Mitarbeiter für den eigentlichen Politiker halten.“



Noch schlimmer wertet Löb aber den „vorausseilenden Gehorsam“, mit dem der Brandenburger Minister dem US-Unternehmern versichert, sein Chef und Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) werde alle Steine bis zum Sommer aus dem Weg räumen, die den weiteren Ausbau des Werks in Grünheide blockierten – und das, obwohl nach wie vor noch Gerichte über die Bedenken von Umweltschützern verhandeln. Erst jüngst platzte dazu ein nachzuholender Erörterungstermin zum Wasserwerk Eggersdorf. Die Zusicherung zeige daher „einmal mehr und überdeutlich undemokratisches Agieren der Brandenburger Regierungspartei“, so Löb. Hintergrund der ÖDP-Kritik an der allzu vertraulichen Freundschafts-Kungelei der in Potsdam regierenden Minister mit dem US-Milliardär und Multi-Unternehmer ist neben dem bis heute letztinstanzlich ungeklärten, aber vorschnell sanktionierten Bau der Gigafactory in Grünheide, dass die Ausbaupläne erneut zum verstärkten Verteilungskampf ums Wasser in den südlich von Berlin gelegenen Landkreisen führen wird. Nach Aussagen

des Wasserversorgers WSE reichen zusätzlich lax von der Landesregierung versprochenen Fördermengen nur entweder für die Fabrik oder für die Menschen, die hier leben. Dieser Streit schwelt schon länger, eine juristische Klärung steht nach wie vor aus. „Da wirft es ein klares Licht auf das in unserer Verfassung fixierte Verständnis der Gewaltenteilung, wenn regierende SPD Vertreter dem permanenten Regelbrecher Tesla vorab schon die Genehmigung zusichern“, ist Thomas Löb entsetzt ob des Auftretens von Jörg Steinbach. Er selbst, so sichert Löb den Menschen im Landkreis Oder-Spree zu, habe von Politik und Bürgerbeteiligung ein gänzlich anderes Verständnis. Er werde dieses auch als Landrat anders umsetzen: „Auch und gerade gewählte Politiker müssen Vorbilder sein und sich an Regeln halten. Die Geheimverträge müssen zudem endlich offen gelegt werden, zu welchen Kosten der Bevölkerung und des Steuerzahlers Zusagen vorab an den Tesla Konzern erfolgt sind!“
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Kreisverband Oder-Spree

Pflege mit Tradition

Beatus GmbH

Unsere Leistungen

- Grundpflege
- Hauswirtschaftliche Versorgung
- Betreuung von Demenzzkranken
- Verhinderungspflege
- Beratungsbesuche
- Betreuungs- und Entlastungsleistungen
- Behandlungspflege/ ärztliche Verordnung

WIR VERSORGEN SIE DORT, WO IHRE WURZELN SIND – IN IHREM ZUHAUSE!

Telefon: 033631 447616
Dorfstraße 33 · 15526 Bad Saarow
Mobil: 0173 6872054
E-Mail: kontakt@pflege-mit-tradition.de
www.pflege-mit-tradition.de

Bestattungshaus Möse

Wenn ein Mensch den Menschen braucht, ist es gut zu wissen, wer derjenige ist.

Zu Ihren Diensten seit 30 Jahren

Baumbestattung
ERD- & URNENBESTATTUNG
SEEBESTATTUNG

Wenden Sie sich Tag und Nacht vertrauensvoll an uns: **Funktelefon 0171 / 2 15 85 00**

15306 Falkenhagen Ernst-Thälmann-Straße 23 ☎ (03 36 03) 30 36	15306 Seelow Ernst-Thälmann-Straße 37 ☎ (0 33 46) 84 52 07	15324 Letschin R.-Breitscheid-Straße 14 ☎ (03 34 75) 5 07 14	15234 Frankfurt (O.) Rathenaustraße 65 ☎ (03 35) 4 00 00 79	15859 Storkow Altstadt 9 ☎ (03 36 78) 44 24 25	15526 Bad Saarow Bahnhofsplatz 2 ☎ (03 36 31) 59 94 84
--	---	---	--	---	---

www.bestattungen-moese.de

Frühlingskonzert in Briescht

Das brillante Gitarristenduo Simon & Tobias Tulenz steht nun bereits seit Jahren erfolgreich auf vielen Bühnen des Landes. Sie komponieren gemeinsam und leben ihre Leidenschaft für handgemachte Musik auf der Bühne voll aus. Ob Gipsy, Swing, Latin oder Klassik, mit bekannten, neuen und eigenen Kompositionen bis hin zu Adaptionen bekannter Stücke von Künstlern wie den Gipsy Kings, Eric Clapton, Buena Vista Social Club, Eagles oder Django Reinhardt. Ein absoluter Oh-

renschaus. Auch in der Alten Försterei Briescht war das Duo schon öfter zu hören und zu erleben. Ein nun weiteres Konzert gibt es am 25. März 2023 in Briescht. Interessierten wird eine Reservierung empfohlen, die Veranstaltung findet im kleinen Veranstaltungsraum in der Schankstube statt. Getränke und kleiner Imbiss können vor Ort bestellt werden. Einlass ist ab 19 Uhr, Konzertbeginn um 20 Uhr. Der Eintritt kostet 15,00 Euro, Alte Försterei Briescht, Dorfstraße 39.

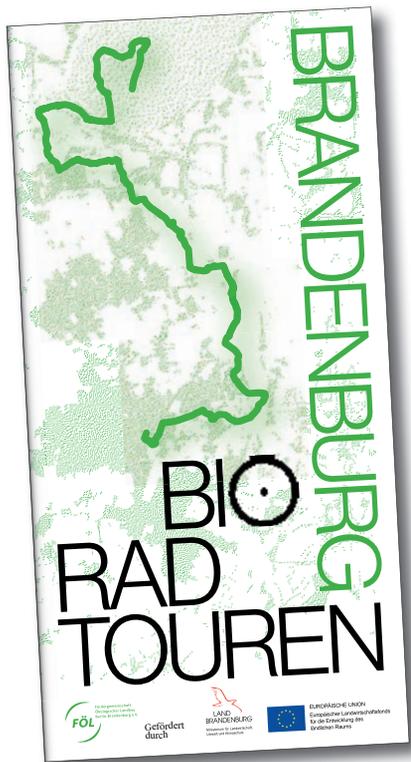
Großer Antik- & Trödelmarkt am Fort Gorgast



Die Reihe der „Antik- & Trödelmärkte am Fort Gorgast“ wird in diesem Jahr fortgesetzt und erweitert. Die geplanten Termine sind der 16.04., 11.06., 20.08. 8.10.2023. Der Platz vor der historischen preußischen Festungsanlage Fort Gorgast wird abermals zum Eldorado für Sammler und Jäger von antiken Kostbarkeiten oder schönen und nützlichen alten Dingen. Interessierte können zudem das besterhaltene Außenfort der einstigen

preußischen Festung Küstrin besichtigen. Das parkartige Gelände lädt zum Flanieren und Verweilen ein. Für das leibliche Wohl ist gesorgt, unter anderem mit Bratwurst, Räucherfisch, Kaffee und Kuchen oder einem gepflegten Bier vom Fass. Wer mitmachen möchte, als Händler oder Privat- bzw. Hobbytrödler, kann sich anmelden:
Email: post@alte-foersterei-briescht.de oder Telefon: 033674 42713.

Neuer Brandenburger Radguide



Die sind so geplant, dass die Ausflügerinnen und Ausflüger auf jeder Route verschiedene Highlights verbinden können: wie Bio-Höfe, Manufakturen, Hoffläden und -cafés, Badestellen und Orte mit Historie. Ob man die (Rund-)Touren komplett fährt oder einzelne Ziele ansteuert, kann nach eigener Laune und Tagesform entschieden werden. Durch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin im Barnim führt die Tour mit Kultur, Namensgeber waren das Kloster Chorin und die Altstadt von Angermünde. Die Märkische Schweiz bietet die Kulinarische Tour und eine Vielzahl netter Cafés und Hoffläden. Oberhavel, nicht ohne Grund nach einem Fluss benannt, lädt zur Wassertour. Sehenswerte Kontraste zwischen Spree und Ostsee – dem Ostsee wohlgermerkt – hält der Spreewald bereit. Deutschlands größtes zusammenhängendes Teichgebiet nördlich von Cottbus verspricht ganz neue Eindrücke. Stille und Weite heißt die Fahrt durch die Uckermark.

Alle Touren sind über die QR-Codes im Heft (online ansehen) in der Navigations-App Komoot (Link) aufzurufen. Mit dem Gutschein-Code „BIOBB2023“ können neue Nutzerinnen und Nutzer kostenlos ein Regionpaket freier Wahl auf Komoot freischalten.

Die „Brandenburger Bio-Radtouren 2023“ werden vom Brandenburger Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums der Europäischen Union unterstützt.

Förderungsgemeinschaft Ökologischer
Landbau Berlin-Brandenburg
(FÖL) e.V.

Erstmals hat die FÖL die „Bio-Radtouren Brandenburg“ herausgegeben. Das kostenfreie Heft empfiehlt fünf Routen durch besondere Landschaften Brandenburgs und lädt dazu ein, die Besonderheiten von Bio radelnd zu erleben.

Mit seinem rund 7.000 Kilometer langen Radwegenetz, wunderschönen Naturlandschaften und Erhebungen, von denen selbst die größten nur knappe 200 Meter messen, ist Brandenburg ein echtes Radfahrparadies. Das Bundesland hat zudem deutschlandweit den dritthöchsten Bio-Flächenanteil und eine Vielzahl spannender, ökologisch wirtschaftender Betriebe. Um die Besonderheiten von Bio radelnd zu erleben, stellte die FÖL fünf Bio-Radtouren zusammen.



- Mitarbeiter Qualitätssicherung

Kontrolle und Überwachung der Produktqualität in der Produktion

- Mitarbeiter Produktionsplanung

Erstellung und Aktualisierung des täglichen Produktionsplanes, Vorbereitung aussagefähiger Analysen, Disposition von Handelswaren

- Schichtleiter Versand

Führung und Koordination der Mitarbeiter, sowie Koordination Warenein- und -ausgang

- Mitarbeiter Technik

Mechatroniker, Elektroniker, Betriebsschlosser

- Mitarbeiter Lager-Technik

Lagerhaltung, eigenverantwortliches Überwachen und Organisieren des Lagers für technische Geräte, Werkzeuge und Arbeitsmaterialien

- Mitarbeiter Materiallager

Lagerhaltung und Überwachung der Lagerwirtschaft

- Lagermitarbeiter Warenausgang

Kommissionieren sowie verladen von Ware

Alle Stellen sind für m/w/d ausgeschrieben.

Interessiert? Schicke deine Bewerbungsunterlagen an:



Plukon Storkow GmbH
Personalabteilung
Fürstenwalder Straße 55
15859 Storkow
Tel. 033678 404318/88
Personalabteilungstorkow@plukon.de

Ihre Familien-Anzeige in der BSK



Sie möchten Ihre Hochzeit bekannt geben, die Geburt Ihres Kindes anzeigen, einen besonderen Menschen grüßen oder einfach mal Danke sagen?

Wir machen das für Sie!

Fragen Sie uns! Tel.: 03361 - 57179 oder info@hauke-verlag.de

Das Seenland Oder-Spree ist weiterhin offizielle RadReiseRegion

Als einzige Reiseregion Brandenburgs und der neuen Bundesländer konnte sich das Seenland Oder-Spree erneut vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) als Radreiseregion zertifizieren lassen. Das offizielle Siegel weist Regionen aus, welche sich der nachhaltigen Planung ihrer Radwege annehmen und das darauf abgestimmte touristische Angebot über Jahre hinweg vorangetrieben haben.

Im Rahmen der Internationalen Tourismusbörse in Berlin nahmen der Vorstandsvorsitzende Rainer Schinkel und Geschäftsführerin Ellen Rußig die Zertifizierung entgegen. Damit gehört das Seenland Oder-Spree zu einem exklusiven Kreis von insgesamt sieben offiziellen ADFC-Radreiseregionen, welche sich außerdem in Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg sowie dem Ruhrgebiet befinden.

Das Thema Radfahren gehört für den Tourismusverband, welcher für das Destinationsmanagement der Landkreise Oder-Spree und Märkisch-Oderland sowie für die Stadt Frankfurt (Oder) verantwortlich ist, zur Kernkompetenz und stellt einen der wichtigsten Standortfaktoren dar. So werden rund 30 Prozent des touristischen Umsatzes durch Radtourismus generiert. Aus diesem Grund konzentriert man sich verstärkt auf die Verbesserung und Erarbeitung touristischer Angebote zur Erhöhung der Wertschöpfung entlang der Routen. Gleichzeitig wird auch großen Wert auf die Kontrolle der Radwege und deren Beschilderungen gelegt.

„Wir haben uns ganz bewusst für diese erneute Überprüfung unseres radtouristischen Standortes entschieden, um deutlich zu machen, dass wir uns im Seenland Oder-Spree diesem Thema verschrieben haben und unser Radwegenetz auch dementsprechend gut aufgestellt ist. Natürlich sind wir auf diese besondere Auszeichnung und das Alleinstellungsmerkmal im Bundesland stolz. Wir erhoffen uns, dass sich Einheimische, Urlaubs- und Tagesgäste davon überzeugen und unsere wasserreiche Region mit ihren kulturellen Besonderheiten vom Fahrradsattel aus erkunden.“, sagte Rainer Schinkel als Vorsitzender des Tourismusverbandes Seenland Oder-Spree e.V.

Im Rahmen der Rezertifizierung wurden 14 sogenannte „Premiumtouren“ beim ADFC eingereicht. Diese Radtouren haben eine Länge von 26 bis maximal 62 Kilometer, besitzen thematische Schwerpunkte und befinden sich über die gesamte Reiseregion verteilt in den unterschiedlichen Erlebnisräumen. Durch die Überprüfung und Bewertung anhand der vom ADFC festgelegten Kriterien kann der Gast sich einer gewissen Qualität sicher sein. Alle Informationen zu den zertifizierten Touren findet man auf der Webseite des ADFC: Seenland Oder-Spree | ADFC Radtourismus (adfc-radtourismus.de). Diese und zahlreiche weitere Tourenempfehlungen sind außerdem auch auf der Navigations-App KOMOOT hinterlegt und auf der Webseite www.seenland-oderspree.de zu finden. Wer



Das Siegel wurde dem Vorstandsvorsitzenden des Tourismusverbandes Rainer Schinkel (links im Bild), der Geschäftsführerin Ellen Rußig (links im Bild) sowie der maßgeblich an der Rezertifizierung beteiligten Mitarbeiterin Fine Schulz (vorne im Bild) soeben auf der ITB in Berlin verliehen.

Foto: Seenland Oder-Spree

es lieber analog mag, bestellt sich die bilderreiche und kostenlose Broschüre mit 19 Tourempfehlungen im Seenland-Shop: Online-Shop - Seenland Oder-Spree (seenland-oderspree.de) Entsprechend der Kernkompetenz orientiert sich auch die Wahl der Messeauftritte des Tourismusverbandes an

dem Thema Radfahren. So wird sich das Seenland Oder-Spree auch in diesem Jahr wieder auf der „velo Berlin“, 6. und 7. Mai auf dem Flughafen Tempelhof, präsentieren. Und war bereits Ende Februar sehr erfolgreich auf Bayerns größter Messe für Freizeit und Rad, der f.re.e in München, vertreten.

Grünheider Gespräche Wer schützt Deutschland vor dem Migrantengstrom?

Freitag, 31. März ab 18:00 Uhr
Bürgerhaus Hangelsberg, Berliner Damm 10



UNSER LAND
ZUERST!

Eine Veranstaltung des AfD-Kreisverbandes Oder-Spree
afd-los.de | facebook.com/afd.los | t.me/AfDOderSpree



Kleinanzeigen

An- & Verkauf

Wir kaufen
Wohnmobile + Wohnwagen
03944-36160
www.wm-aw.de FA

Großes Ferienhaus

direkt am Malchiner See,
Mecklenburgische Seenplatte

www.ferienhaus-adlerblick.de

Private Kleinanzeigen
nur 9,50 Euro

Gewerbliche Kleinanzeigen:
18,- Euro netto

Jetzt online
schalten unter:

www.hauke-verlag.de

25. Osterspectaculum auf der Burg Storkow

Reist zurück in die Zeit der Ritter und Burgen und erblickt einzigartiges Marktgeschehen auf der Burg Storkow. Die Reitkampfgruppe „Mandschur Tengri“ wird tollkühne Turniere zu Pferden darbieten. Im Ritterlager könnt ihr tapferen Rittern begegnen und sie zu Lagerleben und Rüstung ausfragen. Zahlreiche Schenken und Tavernen werden eu-

ren Gaumen mit Met und Gerstensaft verwöhnen, während ihr die waghalsige und charmante Jonglagekunst der „Opus Furor“ bestaunen könnt. Lauscht den Klängen der Kumpanei „Ohrenpeyn“ und genießt das bunte Treiben auf dem historischen Markt. **Burg Storkow, 08.-10. April 2023, täglich ab 10 Uhr**



Beruf Gastgeber: AzubiRallye in Bad Saarow

Kartoffel schälen, Betten beziehen, Koffer schleppen - gängige Klischees aus der Hotellerie und Gastronomie. Doch wohl in keiner Branche können junge Menschen von Anfang an so international, nah am Kunden und mit exzellenten Aufstiegschancen lernen und arbeiten. Viele Hotel- und Restaurantbesitzer haben ihre Profession von der Pike auf gelernt.

Die **AzubiRallye in Bad Saarow am Sonntag, dem 26. März**, räumt mit Vorurteilen auf und weicht ein in die Geheimnisse von Profiküchen und Hotels. In einzelnen Durchgängen werden den Interessierten typische Tätigkeiten in der Küche, auf den Zimmern, an der Rezeption oder im Restaurant gezeigt. Die Gastgeber sind das 4-Sterne-Superior-Hotel Esplanade Resort & Spa, das Precise Resort Bad Saarow, das 5-Sterne Superior Villa Contessa Luxury Spa Resort, das 4-Sterne Velotel Boutique-Hotel und die amiceria Bad Saarow. Die Rallye ist mit Aufgaben gespickt wie Bestecks bestimmen, Kosmetik erschnupern, Preise schätzen, Reservierung aufnehmen, Zimmercheck und vieles mehr. Unter den Teilnehmern werden Gutscheine für Kletterwald, Fußballgolf und Wassersport verlost.

Auch die chauffierenden Eltern werden umsorgt: Sie erhalten kleine, feine Führungen im Hotel Esplanade und im Precise Resort Bad Saarow, wo jeweils Getränke auf sie warten. Berater erklären ihnen die Ausbildungsbedingungen.

Die AzubiRallye richtet sich an Schüler der 8. bis 12. Klassen auf der Suche nach einer Ausbildung, einem Praktikumsplatz oder Nebenjob. Sie startet am 26. März um 13 Uhr. Da es nur begrenzt Plätze gibt, ist eine vorherige Anmeldung über die Website der IHK Ostbrandenburg notwendig. Informationen und Anmeldungen unter <http://ihk-obb.de/azubirallye>

IHK Ostbrandenburg



Sympathisch. Kompetent. Leistungsstark.

Die F/G/M Automobil GmbH Franz Graf Mettchen.
Ihr autorisierter Mercedes-Benz Verkauf und Service.

- Verkauf von Mercedes-Benz Neu- und Gebrauchtwagen PKW und Transporter
- Service – Teile – Zubehör
- Jahreswagen
- Junge Sterne - Vertragspartner
- Rädereinlagerung



Mercedes-Benz

F/G/M

Automobil GmbH
Franz Graf Mettchen

Anbieter: Mercedes-Benz AG, Mercedesstraße 120, 70372 Stuttgart. Ihr Partner vor Ort: F/G/M Automobil GmbH Franz Graf Mettchen. Autorisierter Verkauf und Service.

Fürstenwalde	Autofocus 3	+49 3361 55 55
Erkner	Julius-Rütgers-Str. 1	+49 3362 79 79 79
Frankfurt (Oder)	Goepelstr. 89	+49 335 68 38 30

Instagram: @fgmautomobil
www.fgm-automobil.de

Selten gehörte Passionsmusik erklingt in St. Marien Beeskow

Am Sonnabend, 1. April 2023 beginnt um 16:30 Uhr in der St. Marienkirche Beeskow das diesjährige Passionskonzert. Unter der Überschrift „Musik zur Passion“ erklingen selten gehörte Werke für Chor, Soli und Orchester. Dank des in Beeskow ansässigen Ortus-Verlages ist es Kirchenmusiker Matthias Alward immer wieder möglich, Werke zu finden, die sonst kaum zu Gehör gebracht werden. In diesem Konzert ist es ein „Stabat Mater“ des Dresdner Komponisten Joseph Schuster, das aufgeführt wird. Schuster beendete sein „Stabat Mater“ laut Partitur am 7. März 1782. Die erste Aufführung wird dann wohl am Fest der Sieben Schmerzen Mariä, das ist der Freitag vor dem Palmsonntag, in der Dresdner Hofkirche stattgefunden haben. Der Inhalt jedes „Stabat Mater“ geht auf ein mittelalterliches Gedicht zurück, das die Mutter Jesu in ihrem Schmerz um den gekreuzigten Jesus als zentralen Inhalt hat. Als weiteres Werk erklingt die Kantate „Siehe, das ist Gottes Lamm“ von Friedrich Wilhelm Zachow. Eigentlich als Kantate zum Fest Johannes



des Täufers geschrieben, ist der Text des einleitenden Chores aber ebenso für die Passionszeit zwischen Aschermittwoch und Karfreitag geeignet. Johann Philipp Kirnberger fällt in seiner Tonsprache im Programm heraus. Zeitlich (1721-1783) zwar eingeordnet in die Schaffensperiode der ersten beiden Komponisten, versteht Kirnberger es, den Text in all seiner Dramaturgie dem Hörer nahe zu

bringen. Der erklingende Psalm 137 „Zion klagt mit Angst und Schmerzen“ bietet dafür eine ergreifende Textvorlage. Die von den Babyloniern ins Exil gedrängte Oberschicht der Israeliten verzagt an der Verbannung in einen von anderen Göttern beherrschten Kulturkreis und den Verlust ihres Tempels in Jerusalem. Kirnberger versteht es in weiten Orchesterpassagen diesen Schmerz nachvollziehbar

auszudrücken. Aktualitätsbezogen muss man unweigerlich an die Verschleppung von Kindern im Ukraine-Krieg denken. Zweifelsfrei der bekannteste Komponist im Programm ist Wolfgang Amadeus Mozart. Von ihm ist seine „Grabmusik“ zu hören. Ein Passionsmusik, in der inhaltlich die Seele mit einem Engel Zwiesprache hält. Das Werk selbst zeigt, welche hohe Reife der damals elfjährige Mozart auf dem Gebiet der Vokalkomposition bereits hatte. Die St. Marienkantorei Beeskow musiziert gemeinsam mit dem Potsdamer Kammerorchester. Solisten der Aufführung sind Constanze Albrecht (Sopran), Kerstin Domrös (Alt), Frank Bruhning (Tenor), Markus Köhler (Bass). Die musikalische Leitung hat Matthias Alward. Eintrittskarten gibt es zu 10,- € (erm. 8,- €) im Vorverkauf in der Buchhandlung Zweigart und telefonisch über Anrufbeantworter 03366/26450. Restkarten sind ab eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn an der Abendkasse erhältlich.

Matthias Alward

BSK 07/23 erscheint am 29.03.23. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist am 23.03.23, 12 Uhr.

KIN in Bad Saarow – das etwas andere Restaurant

NEU

**KIN
FUSION
KITCHEN**

**Ulmenstr. 2
15526 Bad Saarow**

**Telefon
033631 803108**

**geöffnet
täglich 11-22 Uhr**

**Gesucht!
Servicekräfte
für die Saison in Vollzeit
(auch 4 Tage arbeiten
3 Tage frei, oder Teilzeit)**

Bewerbungen an:
Bewerbungen@velotel-
bad-saarow.de



Iberio-Schweinebauch

Ein gelungener Auftakt, so die Gespräche der Gäste am Eröffnungstag des neu gestalteten Restaurant KIN in den Kurpark Kolonnaden, neben dem Velotel und dem Cinema. Die Gäste konnten sich von den köstlichen und liebevoll zubereiteten Speisen überzeugen. Besonders die Frauen waren von der leichten und geschmackvollen, gesunden Küche begeistert. Aber auch die Männer kamen voll auf ihre Kosten und viele wählten zwischen einem gegrillten irischen Entrecote mit Miso Hollandaise Espuma und Pfeffer Jus Kompott oder einer rosa gebratenen Entenbrust mit Bau Ban und dazu köstlichen asiatischen Beilagen. Eine weitere Überraschung aus der Küche, knuspriger Schweinebauch. Die Gäste waren begeistert und auch den moderaten Preisen ist es wohl anzurechnen, wenn ein zufriedenes, „wir kommen auf jeden Fall wieder“ zum Abschied erklang.

In den Verantwortungsbereich für den Restaurant Leiter Dario Buono gehört auch das Erschaffen einer besonderen Atmosphäre, damit der Gast in einem schönen Ambiente Speisen und Getränke in Ruhe genießen kann.

Das kompetente Serviceteam gibt gerne Erläuterungen bei Fragen zu einzelnen Gerichten und hilft bei der Auswahl von Menüs und den dazu passenden Weinen.

Auch laufen die Vorbereitungen für die große Terrasse auf der Piazza bereits, um die Gäste bei den ersten milden Temperaturen und Sonnenstrahlen willkommen zu heißen: hier findet man auf der Karte dann eher bekanntes wie hausgemachten, traditionellen Blechkuchen, besondere Eissorten aus der Region sowie verschiedene kleine Appetithäppchen, Salatteller, Wurst-, Schinken- und Käseplatten, aber auch ein wöchentlich wechselnder Mittagstisch steht dann im Angebot. Die Happy Hour gibt es in der Zeit von 17-19 Uhr.

Lassen Sie sich vom KIN Team verwöhnen und überraschen.



Thunfisch-Wasabi



Siu Mai-Shitake-Ingwer
gedämpfte Teigtaschen



Aubergine-Miso-Orange



Bao Bun Brötchen

Blau-Gelb blüht das Edelweiß

Sehr geehrter Herr Hauke, manchmal werde ich gefragt, warum ich die seltsame Grußformel „Bleiben Sie bei Verstand!“ verwende. Nun, die Antwort ist einfach: Es war zu allererst eine Reaktion auf das unerträgliche „Bleiben Sie gesund!“, das einem plötzlich überall den Tag verdarb. Denn damit sollte ganz eindeutig die Corona-Panik am Kochen gehalten werden, genau wie mit dem allgegenwärtigen Maskenterror. Man meinte wohl, dass diese Art der psychologischen Kriegsführung gegen das eigene Volk sehr subtil wäre. Und die meisten haben es ja leider auch brav nachgeplappert und brav ihre Masken getragen. Und an der Stelle bin ich Gefangener der eigenen Familientradition: Das einzige Mal in rund 70 Ehejahren, dass mein Großvater meine Großmutter geschlagen hat, war an dem Tag, als sie gedankenlos mit „Heil Hitler!“ nach Hause kam. Mein Opa war wirklich kein Held, aber um sich aus verbrecherischen Verstrickungen herauszuhalten, muss man auch gar keiner sein. Es genügt völlig, nicht freiwillig mitzumachen, damals wie heute. Deshalb fühlte ich mich verpflichtet, dem neuen deutschen Gruß „Bleiben Sie gesund!“ etwas entgegenzusetzen. Und viel zu oft wird es einem ja auch wirklich schwer gemacht, den Verstand zu behalten! So hat unser aller Freiheitsheld Selenskyj, für den wir unseren ganzen Wohlstand und die Zukunft unserer Kinder aufgeben (müssen), am 14. Februar angeordnet, „der 10. Gebirgsjägerbrigade (...) der Ukraine den Ehrennamen ‚Edelweiß‘ zu verleihen und sie künftig als 10. Gebirgsjägerbrigade ‚Edelweiß‘ der Armee der Streitkräfte der Ukraine zu bezeichnen“ (aus dem Präsidentenerlass). Die Pflanze Edelweiß [Едельвейс] kommt in der Ukraine nicht vor, weshalb es kein ukrainisches Wort dafür gibt, man benutzt das deutsche. Es geht also nicht um einen regionalen Bezug, sondern um die Würdigung der „Vorbilder“ der heutigen Ukraine. SS-Abzeichen an ukrainischen Uniformen sind anscheinend nicht genug. Die „Division Edelweiß“ der deutschen Wehrmacht wurde von Adolf Hitler gern als „seine Garde-Division“ bezeichnet. Sie hat im 2. Weltkrieg, z.B. im Donezbecken, schwerste Kriegsverbrechen begangen, war u.a. auch an der

Judenvernichtung in Lemberg (Lwiw) und der Besetzung Ungarns beteiligt, das heute schon wieder im Fadenkreuz Kiews, Washingtons und Brüssels steht. Wie gut, dass es in Kiew, dessen Korruption wir mit unserem letzten Hemd unterstützen (müssen), „keine Nazis gibt“ (Staatsfernsehen). Denn die gehen bekanntlich montags in Schöneiche und anderswo spazieren und fordern die Wiederherstellung des Grundgesetzes. Der US-Kriegsminister unter Trump, Esper, sagte vor ein paar Tagen, nachdem er auf einen Telefonstreich hereingefallen war (er glaubte mit Ex-Präsident Poroschenko zu sprechen): „Das tapfere ukrainische Volk verrichtet die schmutzige Arbeit, die wir hier in den Vereinigten Staaten nie machen wollten, und deshalb sollten wir Sie weiterhin mit allem unterstützen, was wir können, sei es mit Munition, Waffen oder Geheimdienstinformationen.“ Das stimmt allerdings nur zum Teil. Die Drecksarbeit der Sprengung von Nordstream haben, wie jetzt erwiesen ist, die USA doch lieber selber erledigt. Aber das dementiert Washington natürlich – und der Bundesregierung samt ihrer Tagesschau reicht das so. Es ist, als würde der Mörder, der mit dem blutigen Messer in der Hand gestellt wurde, ohne weitere Fragen freigelassen, nachdem er dem Richter versprochen hat, dass er es nicht war. So gehen Politik und Medien mit dem schlimmsten Kriegsakt gegen die Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung um. Und niemanden stört es. Im Gegenteil, die Bundesregierung dient den USA umso eifriger (z.B. Habeck, der grüne Deindustrialisierungsminister und Vizekanzler: Er möchte „den USA führend dienen“, also ganz besonders unterwürfig). Wer wundert sich da noch, dass Deutschland in der Welt nicht mehr ernstgenommen wird? Man lässt sich ja sogar vom übergeschnappten ukrainischen Nazi-Botschafter auf der Nase herumtanzen, ohne ihm Grenzen zu zeigen. Schon etwas früher äußerte sich auch George Friedman, Geschäftsführer von STRATFOR, einer Denkfabrik, die die US-Regierung berät, in diesem Sinne: „Das Hauptinteresse der Vereinigten Staaten, wegen dem wir jahrhundertlang Kriege geführt haben – den Ersten, den Zweiten und den Kalten Krieg –, ist die Beziehung zwischen Deutschland und Russland, weil sie dort vereint die einzige Kraft sind, die uns bedrohen könnte. Und wir müssen sicherstellen, dass das nicht passiert.“ Lesen

Sie den Satz besser zweimal! Soll nun der Dritte Weltkrieg hinzugefügt werden? Grüne Wehrdienstverweigerer wie Hofreiter und Habeck schreien – neben Strack-Zimmermann (FDP!) – am lautesten danach, andere in den Tod zu schicken, übertroffen nur noch von der abgebrochenen Theologiestudentin und schrillen grünen Galionsfigur Göring-Eckardt.

Schon 2017 hat Merkel den auf Artikel 26 des Grundgesetzes beruhenden Strafgesetzparagraphen 80 („Vorbereitung eines Angriffskrieges“) vorsorglich entschärfen lassen. Zu der Zeit betrieb sie gerade die Hochrüstung der Ukraine gegen Russland, unter dem Deckmantel der von ihr garantierten Minsker Abkommen 1 und 2, die sie nie einzuhalten gedachte. Die seitdem immer weiter gesteigerte direkte militärische Unterstützung für Kiew, nicht zuletzt aber auch die „Sanktionen“ sind unmittelbare Kriegshandlungen gegen Russland, das – jenseits jeder moralischen Bewertung – zwar die Ukraine angegriffen hat, aber eben nicht Deutschland. Punkt. Russland hat! uns! nicht! angegriffen! Übrigens noch nie. Somit wäre (ausschließlich!) humanitäre Hilfe legal und ehrenwert, alles andere ist nach deutschem Recht strafbar, aber niemand interessiert sich dafür. Der deutsche Kriegseintritt auf Seiten der Ukraine stellt ohne jeden Zweifel einen Angriffskrieg gegen Russland dar. Das hat Baerbock vor Kurzem auch offen zugegeben: „Wir sind im Krieg mit Russland“ („Wir“!), sagte da genau diejenige grüne „feministische Außenministerin“, die sich nach eigener Aussage in der Tradition ihres Großvaters sieht, der (Originalton Baerbock) „1945 an der Oder die Freiheit“ (des Nazi-Regimes??) verteidigt habe. Womöglich als Angehöriger der Division Edelweiß, die zuvor die Ukraine und Russland verwüstet hatte? Es würde perfekt passen, sie tun es schon wieder!

Bleiben Sie bei Verstand,

Dr. H. Demanowski

Dem Volk verpflichtet

An unseren Bundestagsabgeordneten Sehr geehrter Herr Papendieck, die Einnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland lagen im Jahre 2021 bei 8,42 Milliarden Euro – für einen Rentner eine ungeheure, nicht vorstellbare Summe.

Wir deutschen Rentner liegen in Europa am unteren Limit der Renteneinkünfte und werden durch die staatlich sanktionierte Zwangsabgabe im Land dazu erpresst.

Den derzeitigen Regierungsmitgliedern ist es egal, ob Inflation, ob eine unermessliche Energievertüerung, ob sämtliche Lebenshaltungskosten ins Unermessliche steigen, Hauptsache, es ist Geld da für Rüstung, für Regierungs-Fotografen mit einem Salär von ca. 400.000 Euro, für eine persönliche Visagistin der Frau A. Baerbock mit monatlich ca. 7.400 Euro, für Zuwanderer in unser Sozialsystem, welches gerade diese Rentner aufgebaut haben. Es ist Geld da für einen Bundestag, welcher von der Mitgliederzahl das Maß aller Vorstellungen sprengt. Aber nicht, dass sich diese Abgeordneten schämen wegen ihres Salärs, nein, es wird jedes Jahr für diese fleißigen Volksvertreter in

dem Maße erhöht, wozu ein Rentner in Deutschland mindestens 13 bis 15 Jahre auf die jährlichen Almosen aus der Rentenkasse warten muss, denn diese Erhöhungen liegen im Schnitt bei zehn bis zwanzig Euro jährlich, und hierfür muss er sich dann auch noch bedanken – mit bedingungslosem Untertanengeist.

Ein ganzes Volk wurde durch einen Gesundheitsminister für unzurechnungsfähig erklärt, denn dieser Gesundheitsminister durfte auf das Leben der Menschen bis ins kleinste Lebensdetail Einfluss nehmen, Widerstand wurde strafrechtlich verfolgt! Welche strafrechtlichen Maßnahmen werden gegen einen Politiker veranlasst, der gegen seinen Eid, dem „Volke zu dienen“, verstößt?

Das Fehlverhalten der Regierung aufzuzeigen, bedeutet heute neudeutsch „Delegitimierung“, trotzdem hier meine Anklage.

Sie sagten am 21. Oktober 2022 im B1-Sportcenter in Schöneiche, dass Sie „von dem nichts wissen“.

Da Sie sich dem Volk verpflichtet haben, bitte ich Sie, diese Probleme aus dem Volk in den Bundestag einzubringen.

Wolfgang Graetz

Das bunte Huhn

Auch dieses Jahr zur Osterzeit, steht's Häschen wieder mal bereit, in Sträuchern und in Hecken, die Eier zu verstecken.

Drum hat das Huhn, die ganze Nacht mit Eierlegen zugebracht.

Doch leider legt es nur in Weiß, für bunte Eier gibt's den Preis.

Was mach ich falsch, fragt sich das Huhn.

was ist hier farblich nur zu tun?

Um Kindern eine Freud zu geben, muss es doch bunte Eier legen.

Da quält es sich die ganze Nacht, und hat kein buntes Ei geschafft.

Ein braunes Ei, Huhn schreit: hurra.

das war am nächsten Morgen da.

Doch weiß und braun das reicht nicht aus,

da schmeißt der Hase es gleich raus.

Drum wird es sich noch weiter mühen und dann gelingt's vielleicht in grün.

Wenn's nicht gelingt, das Herzchen klopft,

dann kommt es in den Suppentopf

Drum macht es weiter Nacht für Nacht bis es ein buntes Ei geschafft.

H. Mehwald

Kontrolle durch die Opposition unerwünscht

Landesregierung verweigert mit „kreativer Rechtsauffassung“ Akteneinsicht – BVB/Freeie Wähler-Fraktion fordert Transparenz und droht mit rechtlichen Schritten.

Auf der 93. Justizministerkonferenz stimmten die Bundesländer über den Datenschutz von Grundbucheinträgen ab. Die Landesregierung Brandenburg votierte hierbei gegen den Datenschutz und für den Zugriff der Windkraft-Lobby auf die Grundbücher und die Wohnadressen und Kontaktdaten der Grundstückseigentümer. Der Landtag Brandenburg hatte der Landesregierung keinen derartigen Auftrag erteilt. Ent-

bitte blättern Sie um!

Leserkarikatur von Siegfried Biener



weiter von der vorigen Seite

sprechend handelte die Regierung hier auf Grundlage ihrer eigenen internen Entscheidung. Dies warf Fragen auf. Wie kam die Landesregierung zu der Abwägung, die Interessen einer Industrie-Lobby über den Datenschutz zu stellen? Die BVB/Freie Wähler-Fraktion forderte daher Einsicht in die entsprechende Akte, die die Vorbereitung der Landesregierung zur entsprechenden Justizministerkonferenz enthält. Brandenburgs Justizministerin Hoffmann (CDU) verweigerte jedoch am 27. Februar 2023 die schon am 5. Dezember 2022 beantragte Akteneinsicht. Die Akte stehe unter dem „Schutz des Kernbereichs der exekutiven Eigenverantwortung“. Eine Herausgabe sei nicht möglich, denn dies würde ein „Mitregieren Dritter“ ermöglichen. Eine völlig deplatzierte Auffassung, die ein gestörtes Verhältnis zu Kontrollrechten der Opposition zum Ausdruck bringt. Zitiert werden dann ausführlich Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die hier allerdings gar nicht zutreffend sind. Denn diese beziehen sich nur auf den Zeitraum der Willensbildung. Doch die Abstimmung auf der Justizministerkonferenz war im November 2022 und ist damit längst vorbei. Und bei abgeschlossenen Vorgängen kann die Regierung nur unter sehr besonderen Umständen dem Parlament die Herausgabe von Informationen verweigern. Etwa bei außenpolitischen Bezügen der Fragestellung oder bei sicherheitsrelevanten Fragen.

Hierzu erklärt der rechtspolitische Sprecher der BVB/Freie Wähler-Fraktion, Péter Vida: Die Verweigerung der Akteneinsicht ist rechtlich nicht haltbar und eine Missachtung der Oppositionsrechte. Die Ministerin behauptet ernsthaft, dass trotz des vor mehreren Monaten erfolgten Votums auf der Justizministerkonferenz die „Willensbildung der Landesregierung noch nicht abgeschlossen“ sei. Im Antrag auf Akteneinsicht ein „Mitregieren Dritter“ zu sehen, ist zudem mehr als abenteuerlich. Es ist offensichtlich, dass die Landesregierung lediglich geheim halten will, wie sie zu ihrem Schluss, dass Lobbyinteressen aus ihrer Sicht den Datenschutz der Bevölkerung überwiegen, gekommen ist. Schlimmer noch: Mit dieser reichlich „kreativen“ Rechtsauffassung könnte die Landesregierung zukünftig faktisch alle ihre Entscheidungsprozesse vor der Öffentlichkeit verbergen. Unsere Fraktion wird daher auf die Akteneinsicht bestehen und hierfür nötigenfalls rechtliche Schritte einleiten. Die Transparenz von Regierungshandeln muss gewährleistet bleiben – auch in Brandenburg!

Auf den zu erwartenden Einwand des Justizministeriums, dass der Vorgang angeblich deswegen noch nicht abgeschlossen sei, weil die Bundesregierung noch eine Verordnung zu dem Themenkreis erarbeiten würde, ist schon jetzt darauf hinzuweisen, dass dies nicht verfangt. Denn die Akteneinsicht bezieht sich auf die Frage, warum Brandenburg im Rahmen der Justizministerkonferenz dem Beschluss, den Datenschutz in derart eklatanter Form aufzuweichen, mitgetragen hat. Dieser Prozess ist abgeschlossen und gerade in Brandenburg für die Öffentlichkeit von großer Relevanz. Sowohl die Opposition als auch die betroffenen Regionen sollten rechtzeitig wissen, in welchem Ausmaß die Brandenburger Landesregierung sich auf die Seite der Windkraft-Lobbyisten

stellt. Die Entscheidung der Ministerin erweist sich auch deswegen als abenteuerlich, weil dieselbe Anfrage im Landtag Rheinland-Pfalz (gestellt durch die dortige Freie-Wähler-Landtagsfraktion) dort durch die Landesregierung ohne Probleme ausführlich beantwortet wurde.

Fraktion BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg

Windkraftanlagen im Landeswald

Im Rahmen einer Kleinen Anfrage hatten die Abgeordneten der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, Kathi Muxel (forstpolitische Sprecherin) und Lars Günther (klimapolitischer Sprecher), die Landesregierung am 20.02.2023 zum Stand der Errichtung von Windindustrieanlagen im Landeswald befragt. In der Antwort vom 27.02.2023 (Drucksache 7/7279) machte der zuständige Minister Axel Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) zunächst klar, dass die Errichtung von Windindustrieanlagen im Wald zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie des Landes Brandenburg unumgänglich sei. Die Beteiligung landeseigener Flächen sei dabei „selbstverständlich“. Seit 2019 seien insgesamt 218 Anträge auf Inanspruchnahme von Flächen in Verfügung des Landesbetriebes Forst Brandenburg (LFB) für windenergetische Vorhaben gestellt worden. In Betrieb befinden sich bereits 35 Windindustrieanlagen.

Dazu sagte Kathi Muxel: Dass der linksgrüne Minister Axel Vogel die Errichtung von Windindustrieanlagen im Landeswald – trotz der erheblichen und berechtigten Bedenken und Sorgen vieler Brandenburger Bürger – für selbstverständlich hält, ist eigentlich nicht weiter überraschend. Allerdings wird in der Antwort auf unsere Frage Nr. 8 ganz offen zugegeben, dass es nicht im Interesse der waldbewirtschaftenden Förster liegt, Waldflächen für Windenergienutzung in Ansprache zu nehmen. Es ist einfach nur noch frapperierend, wie die Landesregierung hier sogar über die Köpfe der eigenen Mitarbeiter im Landesbetrieb Forst Brandenburg hinweg entscheidet!

Zur Antwort der Landesregierung auf die Fragen, wie die potenzielle Flächenverfügbarkeit für Windindustrieanlagen eingeschätzt werde, bzw. bei welcher maximalen Fläche die Landesregierung die Grenze des Vertretbaren für erreicht halte, ergänzte Lars Günther: Mit der Antwort der Landesregierung, dass im Vorfeld der ausstehenden Regionalplanung eine Bewertung im Zusammenhang mit einer Windenergie-Maximalfläche im Wald nicht vorgenommen werde, wird der Kritik einfach ausgewichen. Da will man sich offenbar nicht festlegen und Farbe bekennen. Zu vermuten ist allerdings, dass die Sache noch Ausmaße annehmen könnte, die wir uns alle bisher nicht vorstellen konnten. Da müssen wir als AfD-Fraktion jetzt klar gegensteuern!

AFD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Grundgesetz Artikel 5 (1)

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Jeder hat das Recht, einen Leserbrief zu schreiben: info@hauke-verlag.de

Konkurs nicht ausgeschlossen

Viele Bürger hätten den Eindruck, Deutschland befände sich auf dem Weg zu einem dysfunktionalen Staat, sagte kürzlich Wolfgang Kubicki (FDP). Zu einer Lachnummer wohl auch, füge ich hinzu. Wohin man auch guckt, es herrscht Niedergang und das Festhalten am Wunschdenken, egal auf welchem Gebiet. Wie in den letzten Jahren schon, habe ich nun immer öfter das Gefühl, dies alles schon einmal erlebt zu haben, in den 80er Jahren nämlich, auf dieser Seite des „Schutzwalls“. Auch damals hat die Führung des Landes – unterstützt von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis von „Aktivisten“ und anderen „Wohlmeinenden“ – von der Rückkehr zur Vernunft nichts wissen wollen, weil man damit sein Scheitern an allen Fronten hätte eingestehen müssen und selbstverständlich hat man jede Kritik in die staatsfeindliche Ecke gestellt, wie heute auch wieder. Wie damals glaubt man auch heute, man könne alle Probleme mit Geld zuschütten und genau wie damals fühlt sich auch heute kaum noch jemand für irgendetwas verantwortlich. Die Medien spielen die Rolle, die ihnen zugeordnet wird in der allgemeinen Demokratie-Simulation, die tägliche Gehirnwäsche im deutschen Erziehungsfernsehen übertrifft das DDR-Fernsehen inzwischen um Längen. Die „demokratischen Parteien“ setzen ihre wenigen noch verbliebenen vernünftigen Leute vor die Tür, etwas, was ich bisher auch nur von der SED kannte in der guten alten Zeit. Das ganze Land schreibt Brandbriefe an die Regierung, aber man antwortet entweder gar nicht oder teilt wortreich mit, dass man nichts ändern will. Allerdings hat „unser“ Karl-Eduard immerhin noch richtiges Deutsch gesprochen, und die Sprachverhöhnung ist das einzig Neue in dieser Aufführung.

Die „Schutzsuchenden“ führen sich auf wie in Feindesland (Einzelfälle, alles Einzelfälle!), aber man warnt vor Rassismus. Der Gesundheitsminister steht vor einem Scherbenhaufen, aber er denkt nicht an Rücktritt. Die Außenministerin erklärt den Krieg gegen Russland, der Kanzler lässt sie gewähren, und wer für den Frieden demonstriert, ist ein „Rechter“ (was für eine Umkehr der Begriffe!). Jedoch darf man nicht mehr Indianer sagen zum Indianer und nicht mehr Mumie zur Mumie, sie könnten sonst beleidigt sein, die Indianer und die Mumien. Hochmut kommt vor dem Fall, wie wir wissen, aber noch ist es nicht soweit.

In der verflochtenen Republik musste man seinerzeit Konkurs anmelden, damals durchaus überraschend, nach heutigem Kenntnisstand nur folgerichtig. Möglicherweise wird es wieder so kommen, allerdings mit dem Unterschied, dass heute niemand weiß, was danach kommen könnte.

Damals wusste man es ja: die Rettung lag vermeintlich hinter dem „Schutzwall“. Der ist nun weg und das macht Voraussagen so schwierig, was wäre

denn die Alternative?

Noch vor etwa einem Jahr hatte ich gehofft, da man jetzt von der Wirklichkeit eingeholt wird, würde man nun die schlimmsten Fehlentwicklungen der Schröder/Merkel-Jahre ganz vorsichtig korrigieren, aber das Gegenteil ist der Fall.

Trotz allem herrscht relative Ruhe im Land. Vorläufig ist der Bauch noch voll, die Stube warm und der Staat drückt Geld. Wie lange wird das noch so sein?

Andreas Hotzan

Amerika regiert Deutschland krepert

Die Ampel zerstört das Land. Von 2005 bis 2021 haben andere treffliche Vorarbeit geleistet. Deutsche Interessen finden nicht statt. Die wesentlichen Entscheidungen werden nicht von Deutschland getroffen und nicht von den Deutschen. Ein Konglomerat aus amerikanischen Kapitalsammelstellen, Regierungen, Geheimdiensten, Konzernen und Gesprächskreisen übt die Macht aus. Es missbraucht seine physische wie informelle Macht zu Lasten Deutschlands und zu Lasten der Welt. Verabschieden Sie sich von allen naiven Vorstellungen über die Macht des Volkes. Das Volk hat nichts zu melden. Dass Ihnen in der Schule und in vielen Medien etwas anderes erzählt wird, dient der vollen Machtentfaltung dieses Konglomerats, das sich Medien und Politiker weltweit als Propagandisten des Machtmissbrauchs eingekauft hat. Fragen Sie sich einfach mal, wann diese Propagandisten wie Olaf Scholz, Friedrich Merz, Robert Habeck, Annalena Baerbock, Jens Spahn, Andi Scheuer, Markus Söder oder Frank-Walter Steinmeier zum letzten Mal zu Gunsten des deutschen Volkes Entscheidungen getroffen haben. Es wird schwer fallen, dort überzeugende Positivbeispiele zu finden. Die Negativbeispiele, bei denen deutsche Interessen mit Füßen getreten werden, sind hingegen Legion.

Amerika missbraucht seine Macht über Deutschland immer schamloser. Amerika ist ein Land zum Fürchten. Es ist das einzige Land, das jemals Atombomben auf bewohnte Großstädte geworfen hat. Aber sind die Amis denn nicht unsere „Freunde“, wie den Ostdeutschen Stalin und die Russen Freunde waren, siehe Druschba? Haben sie denn nicht die deutsche Einigung unterstützt, die eine Mehrheit im Volke so sehr gewünscht hat?

Seit der Nordstreamsprengung steht fest, dass US-Amerika ein übermächtiger Feind des deutschen Volkes ist. Die NATO schützt uns nicht vor der Vernichtung unserer existentiellen Infrastruktur und auch nicht vor der Vernichtung von Mittelschicht, Mittelstand und sozialer Marktwirtschaft und vor der Abwanderung der Industrie. Die Mittelschicht ist nicht nur in Angst. Sondern sie steigt real ab. Sie wird durch diverse Maßnahmen des US-amerikanischen Konglomerats der Machtausübung dauerhaft zerstört.

Auch die Mitgliedschaft in der EU schützt Deutschland nicht vor der Zerstörung existentieller Infrastruktur. Ganz im Gegenteil: die Anschläge finden auf dem Gebiet der EU-„Partner“ Dänemark und Schweden statt. Die behaupten, dass sie vorher nichts gemerkt hätten. Hinterher unterdrücken sie alle

bitte blättern Sie um!

Beweise. Deutschland und Dänemark und Schweden behaupten, die Preisgabe der Informationen und Beweise schade dem jeweiligen nationalen Interesse. Was aber schadet dem deutschen Interesse mehr, als Schadenersatz von den transatlantischen Sprengmeistern nicht zu erlangen und sich nicht von ihnen zu trennen?

„The only purpose was to keep the United States in, to keep the Russians out and to keep Germany down...“ So die Gründungsmaxime der NATO von 1949, formuliert durch den ersten Generalsekretär Baron Ismay. Die Methoden, die USA drinnen, die Russen draußen und Deutschland niederzuhalten sind dann noch verfeinert worden. Das amerikanische Konglomerat von militärischer, wirtschaftlicher, finanzieller, geheimdienstlicher und Regierungsmacht ist das Ergebnis dieser Verfeinerung der Machtausübung zu Lasten Deutschlands und zu Lasten der Welt. Deutschland ist nicht wiedervereinigt worden, weil das deutsche Volk das wollte. Sondern Deutschland ist wiedervereinigt worden, weil diese Wiedervereinigung den Interessen des US-amerikanischen Konglomerats gedient hat und weiter dient. Diese haben die Schwäche Gorbatschows ausgenutzt, um Deutschland und Europa noch gründlicher in den Würgegriff zu nehmen als bis 1990.

Die Russen haben sich mehr oder minder freiwillig zurückgezogen. Auf jeden Fall aber ohne Blutvergießen, wofür wir ihnen dankbar sein können. Die Amerikaner sind mit ihrer NATO und ihren Konzernen und ihren Geheimdiensten nachgerückt und haben sich die neuen Eliten weitgehend eingekauft, z.B. in der Ukraine, wo der Sohn des Präsidenten in bemerkenswerter Weise aktiv war. Unter derartigen Rahmenbedingungen erklärt der Kanzler des US-amerikanischen Konglomerats laut MOZ vom 10. März 2023: „Niemand muss Angst vor dem Wandel haben.“ Tatsächlich ist es aber so, dass sich das US-amerikanische Konglomerat nicht gewandelt hat. Dessen Zielrichtung ist nach wie vor, Deutschland niederzumachen, Amerika die Vorherrschaft in Europa abzuschern und Russland – ein europäisches und christlich geprägtes Land (!) – außen vorzuhalten. Da hat sich rein nichts geändert. 1990 war nicht das „Ende der Geschichte“. Nein, die Geschichte ging weiter wie bisher. Gorbatschow hat den Kalten Krieg beendet und dem Westen ein ernstzunehmendes Friedensangebot gemacht. Der Westen hat es ausgeschlagen und weitergemacht wie bisher.

In dieser Situation sprach Herr Scholz von „Zeitenwende“ und versuchte so, das eigene Volk darüber zu täuschen, dass es bei den großen Entscheidungen nichts zu melden hat, die vom US-amerikanischen Machtkonglomerat getroffen werden. Es findet aber keine Zeitenwende statt. Sondern das US-amerikanische Konglomerat verfolgt die NATO-Ziele von 1949 mit aller Gewalt weiter. Der Krieg in der Ukraine fügt Deutschland und Europa massiven Schaden zu. Er verunsichert die Wirtschaft und er verunsichert Investoren. Er lässt Europa, das doch relativ stabil war, als gefährlichen Ort erscheinen. Die Massenmigration und die Silvesterkrawalle in Berlin sind auch nicht gerade geeignet, Deutschland und Europa als sichere Landstriche mit Perspektive erscheinen zu lassen. Der Ukrainekrieg blutet Deutschland aus und die Ukraine und Russland. Deshalb gehört er so

schnell wie möglich beendet.

Der EU fällt trotz Friedensnobelpreis nichts dazu ein. Das ist beschämend und es zeigt, dass auch die EU nicht eine Einflusszone der Völker Europas, sondern eine Einflusszone des US-amerikanischen Konglomerats zur Entmachtung der Völker Europas ist. Unsere Führungselite ist weitgehend transatlantisch orientiert. Dem Wohle des deutschen Volkes erscheint sie wenig verpflichtet. Baerbock: „Egal, was die deutschen Wähler denken.“ Das Volk muss sich von der Vorstellung verabschieden, dass eine EU oder eine Bundesregierung im Großen und Ganzen andere Interessen wahrnimmt, als die des US-amerikanischen Konglomerats. „Fuck the EU“, sagte Victoria Nuland, und sie weiß, was sie sagt. Denn sie schafft Olaf Scholz und Frau von der Leyen an, was die zu tun und zu lassen haben. Amerika hat die Völker Europas kastriert. Baerbock hat Recht! Es ist egal, was die deutschen Wähler denken! Es reicht dem US-amerikanischen Konglomerat, etwa 20.000 Leute in unserer Führungsschicht auf ihrer Seite zu haben, um ganz Deutschland zu beherrschen. Diese 20.000 teilen sich das Geld und die Ämter und die Macht. Der Rest des Landes darf gerne krepieren. Amerika regiert, Deutschland krepieret. Das ist eure Demokratie im Jahre 2023.

Axel Fachtan

Nichts wird vergessen!

Sehr geehrter Herr Hauke, drei Jahre Aufklärung über den Corona-Wahnsinn. Man wollte Sie fertigmachen, beruflich und persönlich. Es war bestimmt nicht einfach, aber Sie haben durchgehalten – Respekt!! Lieber Herr Hauke, nichts wird vergessen, die ganzen Verbrechen der Corona-Zeit. Aber alles muss aufgearbeitet werden. Wir arbeiten mit daran.

Bei der Landratswahl haben wir schon mal die Chance, ein Zeichen zu setzen. Packen wir's an. Gemeinsam sind wir stark! Bestes Beispiel: Die Montagsspaziergänge in Erkner.

Werner und Hannelore Müller

Zulassungsstudien reine Alibiveranstaltungen

Sehr geehrter Herr Hauke, ich lese Ihre Berichterstattung zu Corona von Anfang an und habe jeden Ihrer Artikel abgeheftet. Zu Ihrem Beitrag „Getilgte, verschwundene und verstorbene Probanden – Was passierte wirklich mit den Teilnehmern der Pfizer-Zulassungsstudien?“ möchte ich Ihnen besonders gratulieren.

Ich bin stolz, in einer Region zu leben, wo ein Anzeigenblatt so einen unglaublichen Skandal thematisiert. Aber ich bin auch verzweifelt, dass man in den Leitmedien kein Wort dazu findet. Wo ist der journalistische Auftrag von ARD, ZDF oder auch MOZ?? Dieser Impfstoff hätte niemals zugelassen werden dürfen, wenn die Zulassungsstudien reine Alibiveranstaltungen waren. Sie haben sie in Ihrem Artikel eine „Farce“ genannt. Als ich diese erschütternden Vorgänge gelesen habe, wurde mir noch einmal sonnenklar: Es geht überhaupt nicht um unsere Gesundheit

oder um irgendwelchen Impfschutz, sondern ausschließlich um die Milliarden Gewinne der Pharma-Industrie. Je mehr ans Licht kommt, desto klarer wird, dass die gesamte herbeigetestete Pandemie nichts anderes war als eine Werbeveranstaltung für eine Impfung, die wahrscheinlich mehr Todesopfer gefordert hat als diese Pandemie, von der drei Jahre lang jeden Tag die Rede war, bis der Letzte so weit war, sich impfen zu lassen.

Danke für Ihre dauerhafte Aufklärung. Sie haben sehr vielen Menschen Mut gemacht. Ihre treue Leserin

Angelika Mertens

Streben nach Maximalprofit

Zum Artikel „Getilgte, verschwundene und verstorbene Probanden“

Sehr geehrter Herr Hauke, ich gehe mal davon aus, dass Sie gründlich recherchiert haben (das hatte Ihnen ja der Presserat schon mal bestätigt). Was sie in Ihrem Beitrag ausführen, ist einfach erschütternd und demonstriert keine solide Studiendurchführung. Zur Durchführung von klinischen Studien gibt es klare nationale und internationale Empfehlungen, nachzulesen in der sog. „Guten Klinischen Praxis (GCP)“. Damit soll auch verhindert werden, dass Menschen als „Versuchskaninchen“ dienen. Es gibt die Deklarationen des Weltärztebundes von Helsinki (angenommen 1964, ergänzt 1975 in Tokio, 1983 in Venedig, 1989 in Hongkong) mit solchen Willensbekundungen, auch den sog. Nürnberger Kodex der Ärzte (1947), der in Auswertung der unseligen KZ-Ereignisse keine Versuche an Menschen erlaubt. Die Menschen, die sich freiwillig (= Grundprinzip) als Teilnehmer für klinische Studien zur Verfügung stellen, müssen sich auf gesicherte (!) Erkenntnisse zur Wirksamkeit und Verträglichkeit des Wirkstoffs verlassen können. Das obliegt der ärztlichen Verantwortung und einer Überprüfung durch Ethikkommissionen. Liegen aus zeitlichen Gründen keine gesicherten Erkenntnisse vor, sind die Studienteilnehmer über den Charakter von Notzulassungen aufzuklären. Es muss also unbedingt auf das gesundheitliche Risiko in der GCP-geforderten Patientenaufklärung hingewiesen werden. Auf die umfassende schriftliche Aufklärung legte die Ethikkommission immer ganz besonderen Wert. Ich entsinne mich noch an die Frage des ehemaligen Vorsitzenden der Charité-Ethikkommission: „Würden sie auch ihrer Oma das Prüfpräparat verabreichen?“ Bei den Studien, die ich zu vertreten/vorzustellen hatte, konnte ich diese Frage guten Gewissens mit

„Ja“ beantworten. Im Falle der mRNA-Impfstoffe hätte ich klar mit „Nein“ geantwortet, aber der Oma von einem gewissen Alter an z.B. die Influenza-Impfung empfohlen, die auch ich mir jährlich angeeignet lasse (ich bin also kein „Impfmuffel“).

Ich kann auf eine 20-jährige Erfahrung als wissenschaftlicher Projektleiter von klinischen Studien zurückblicken. Fast alle Studien waren zweiarmlige Vergleichsstudien (Verum vs. Placebo) oder (selten) Nichtunterlegenheitsstudien (Verum vs. „Goldener Standard“ = bereits zugelassenes, bewährtes Arzneimittel). Diese Studien (Phase-III-Studien) sind sog. Interventionsstudien, das bedeutet: die Studienteilnehmer müssen die im behördlich genehmigten Prüfplan festgelegten Einschlusskriterien erfüllen (z.B. Altersbegrenzung) und keine Ausschlusskriterien aufweisen (z.B. Schwangerschaft, schwere Vorerkrankungen). Ferner wird in solchen Studien die Studienzeit genau begrenzt sowie die Fallzahl (Teilnehmerzahl) genau angegeben bzw. errechnet aus bereits mitgeteilten Daten. Willkürlich angegebene Fallzahlen würde eine solide arbeitende Ethikkommission niemals akzeptieren. Man würde bei hohen Fallzahlen den Hinweis bekommen, eine unnötig große Anzahl von Studienteilnehmern einer Belastung/möglichen Gefährdung auszusetzen. In der Regel wird in Phase-III-Studien eine Gesamtfallzahl im unteren dreistelligen Bereich verwendet. Die in Ihrem Beitrag angegebene Fallzahl von 43.548 ist völlig inakzeptabel und dürfte bei 153 verschiedenen Standorten zu unübersichtlichen Zuständen führen. Wie soll das alles über Monitoring kontrolliert werden?! Natürlich leidet da die Sorgfalt. Nie habe ich erlebt, dass Studienteilnehmer mit ihren Datenunter den Tisch fielen!! Sollten für diese „Mammut“-Studie Ethikkommissionen existiert haben, so wäre für sie ein GCP-Lehrgang unerlässlich!

In solchen Studien wissen weder der Arzt noch der Patient/Proband, ob sie Verum oder das Vergleichspräparat bekommen – es sind sog. Doppelblindstudien. Die Studienteilnehmer erhalten eine sog. Randomnummer und erfahren erst nach Übergabe aller erhobenen Daten des Patientenbogens (CRF) an die Zulassungsbehörde (Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, BfArM), welche Medikation sie bekommen haben. Zusammen mit dem ebenfalls zu übermittelnden statistischen Analysenplan wird so eine nachträgliche Manipulation/Bereinigung der erhobenen Daten verhindert. Nach der „Entblindung“ = Offenlegung der Gruppenzugehörigkeit erfolgt die biometrische Auswertung nach den Vorga-

bitte blättern Sie um!

Wilfried v. Aswegen

www.landratswahl-los.de

Landratswahl
23. April

- Energie sichern
- Friedensverhandlungen
- Flüchtlingspolitik ändern
- Bürger fragen - Gendern stoppen
- Aufarbeitung Corona-Maßnahmen
- Trinkwasser ist wichtiger als E-Autos
- Regionale Wirtschaft wieder aufbauen

parteionabhängig

verwaltungserfahren



Dipl. Geologe

weiter von der vorigen Seite

ben des Prüfplans. Die beiden Gruppen werden verglichen bezüglich Wirksamkeit (gemessen an der festgelegten primären Zielgröße – bei den Impfstoffen wäre es die Verhütung der Infektion) und Verträglichkeit (gemessen an den „unerwünschten Ereignissen = UE“). In der Verum-Gruppe sind es dann bereits bekannte oder bisher unbekannte Nebenwirkungen, was der Beurteilung des Prüfers unterliegt und wozu er verpflichtet ist. Außer der Erfassung von UEs stehen für die Auswertung dem Prüfer und dem Studienteilnehmer noch die globale Beurteilung der Verträglichkeit (Clinical Global Impression – CGI) zur Verfügung. Sollte dabei herauskommen, dass die Verträglichkeit schlechter als die Wirksamkeit ist, sollten/müssten die Konsequenzen gezogen werden!

Grundsätzlich wird kein Studienteilnehmer von der Auswertung ausgeschlossen, egal wie lange er in der Studie ist. Erfolgt bei mehreren Visiten ein vorzeitiger Studienabbruch, z.B. bei einem schwerwiegenden UE oder aus anderen Gründen, ist – wenn möglich – vom Prüfer eine vorzeitige Abschlussuntersuchung durchzuführen. In der biometrischen Auswertung wird dann bei den Studienteilnehmern zwischen solchen mit regulärem und mit vorzeitigem Studienabbruch unterschieden. So entstehen zwei Kollektive: 1. Teilnehmer mit regulärem Verlauf, 2. Teilnehmer, unabhängig vom Verlauf. Durch einen prä-post-Vergleich beider Gruppen (1. Visite vs. Abschlussvisite) kann dann die Wirksamkeit und Verträglichkeit beurteilt werden. Deshalb ist die 1. und die Abschlussvisite besonders wichtig und zeitaufwendig (Dauer: ca. 1 Stunde). Während der Studie sollte der Prüfer nicht gewechselt werden. Übrigens: Jede Veränderung des Prüfplans muss von der Ethikkommission in Form eines Amendements genehmigt werden. Auch damit war eine nachträgliche „Bereinigung von Studienergebnissen“ ausgeschlossen!

Für die „Impferei“ hätte z.B. auch ein solcher CRF geführt werden müssen. In diesem hätten dann die Folgeimpfungen als Visiten gegolten. Das wäre natürlich nur realisierbar gewesen, wenn der Impfarzt nicht gewechselt wurde (Impfarzt = Hausarzt). Natürlich waren die Impfarzte nicht an „Bürokratie“ interessiert (z.B. Beurteilung und Meldung von UEs, weil das ja auch nicht abrechenbar war – also nur Zeit kostete – vielleicht auch nicht erwünscht war! Ob die Verhältnisse in den großen Impfzentren überschaubar waren, entzieht sich meiner Kenntnis. Fakt bleibt jedoch, dass das eigentliche Impfziel – Verhinderung von Infektion und schweren Verläufen – nicht so richtig erreicht wurde. In meinem Bekannten-, Freundes- und Verwandtenkreis kam es vor, dass ganze Familien trotz vollständiger Impfung und Boosterung an Covid-19 erkrankten, schwer erkrankten, im Krankenhaus landeten. Nun, sie können sich ja in den neu gegründeten Therapiezentren als Long-Covid-Patienten behandeln lassen. Vielleicht haben die Post-Vac-Patienten (die Impfgeschädigten, so sie noch am Leben sind!) auch Zutritt?! Das wäre doch was für das 13-jährige Mädchen aus Ihrem Beitrag!

Es ist und bleibt mir absolut schleierhaft, wie man bereits nach Beginn der mRNA-Impfungen im Januar 2021 solche Aussagen zur Wirkung und Verträglichkeit machen kann (s. „Minister der

Herzen“ K. Lauterbach u.a.), wo doch das Studienende ursprünglich erst für Ende 2022 (Moderna) bzw. Ende 2023 (Comirnaty) angekündigt war. Das hat doch wohl mit Wissenschaft nichts zu tun – gehört wohl mehr in den Bereich der Wahrsagerei wie die Aussage, ohne Impfung hätte es fünf Millionen Tote gegeben (K. Lauterbach). Ich bin überrascht, wie ein Arzt (oder viele, aber nicht alle!) sich bereitfindet, Angst in solchem Ausmaße zu verbreiten.

Zurzeit mehren sich die Stimmen zur Beurteilung der Corona-Maßnahmen (manche werden bereits als „schwachsinnig“ beurteilt – K. Lauterbach!). Es werden bestimmt Ausschüsse zur „schonungslosen“ Aufklärung gebildet. Herr Spahn hatte ja bereits bei Beginn der Maßnahmen angekündigt, dass es irgendwann etwas zu verzeihen gibt. Vielleicht trifft es diesen oder jenen kleinen Politiker, denn wer möchte schon auf dem Schlachtfeld erscheinen, wenn gerade der Schuldige für die Niederlage gesucht wird? Kann man die ganzen Zwangsmaßnahmen und die öffentliche Verunglimpfung von Ungeimpften vergessen und verzeihen? Führende Politiker und Personen, die man aus Fernsehsendungen kennt, überboten sich förmlich bei der Verunglimpfung von Ungeimpften. Eine kurze Zusammenfassung gab Herr A. Mielke in der Berliner Zeitung vom 02.11.2022 – Zitat: Tübingens OB Boris Palmer regte Beugehaft für Ungeimpfte an. „Konsequenz ausgrenzen“, forderte Haftspezialist Uli Hoeneß. Ex-Saar-Premier Tobias Hans beschied der Zielgruppe: „Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben.“ Die Zeit informierte: „Eine Diskriminierung von Ungeimpften ist ethisch gerechtfertigt“. Denn „Bekloppte“ (Joachim Gauck) würden die „Gesellschaft in Angst und Schrecken“ (Stephan Weil) versetzen, sie „egoistisch, zynisch und menschenverachtend“ (Jörg Kachelmann) „in Geiselnhaft“ (Günther Jauch) nehmen. Jeder Ungeimpfte sei, so Ex-FDP-Politiker Rainer Stinner, ein „gefährlicher Sozialschädling“. Zitatende. Da fehlen einem doch die Worte! Geht man davon aus, dass die Bürger ein kurzes Gedächtnis haben – wie es ja bei Politikern gelegentlich vorkommt?! Lücken im Kurzzeitgedächtnis können Anzeichen von beginnender Demenz sein!

Vergangenheit und Ausblick: eigentlich war eine Pandemie schon 2010 mit der Schweinegrippe geplant, Millionen Impfdosen wurden bestellt, aber die Planer hatten nicht mit der Unlust der Bevölkerung zur Impfung gerechnet. Also musste ein neues Drehbuch geschrieben werden – und so wurde dann die Corona-Epidemie herbeigetestet und Angst und Schrecken verbreitet. Sie war ein Testballon, wie viel man den Bürgern zumuten kann. Neue Varianten werden sicher demnächst verkündet. Der Bundeskanzler hat sich kürzlich dahingehend geäußert, dass Deutschland eine Führungsrolle im Gesundheitsschutz durch Impfstoffe übernehmen will. Das Unternehmen Biontech wird „modulare

Produktionsstätten“ in Südafrika, Ruanda, Ghana und Senegal errichten, unterstützt mit Fördergeldern. Wenn ich es richtig mitbekommen habe, werden zukünftig Tierversuche, z.B. zur Prüfung der Toxizität und Beeinträchtigung der Fertilität, gänzlich entfallen. Da die mRNA-Technologie sich ja so glänzend geschlagen hat, werden dann auch klinische Prüfungen überflüssig sein, was den Gewinn von Big Pharma noch mehr steigern wird!

Papst Franziskus sagte einst: „Die Gier ist das Übel in der Welt“. Da hat er wohl Recht! Streben nach Maximalprofit!

Dr. H.-J. Graubaum

„Hilferuf der Flüchtlinge“

Werte Leserschaft, mir gefällt vieles nicht, was in unserem Deutschland passiert bzw. wie der Gesetzgeber agiert. Begriffe wie Schuldunfähigkeit – im Zusammenhang mit Alkohol, Drogen oder psychischen Erkrankungen (Trauma) – würde es bei mir nicht geben, um nur ein Beispiel zu nennen. Aber jetzt möchte ich auf etwas Anderes aufmerksam machen. Es gibt Mitmenschen, die ihre Wut über die Missstände in unserem Land ausdrücken, indem sie Ricarda Lang wegen der äußeren Erscheinung angreifen. Aber was in dem Kopf vorgeht, ist das eigentliche Problem. Und leider nicht nur bei dieser Person.

Bevor ich Ihnen einige Zitate präsentiere möchte ich noch ausführen, dass mein Vertrauen in Wahlergebnisse gleich null ist.

• Ein Zeitungsartikel von Anfang 2021: Katrin Göring-Eckardt (Grüne): „30% der Kinder und Jugendlichen heute haben bereits einen Migrationshintergrund. Und dabei habe ich die Osis noch nicht mitgerechnet.“

• „BILD“ Mitte 2021 über Bijan Tavassoli (Die Linke): „Der Hamburger Linken-Politiker Bijan Tavassoli hat auf Facebook die radikal-islamische Taliban zum Sieg beglückwünscht. Er schrieb: „Ich gratuliere dem afghanischen Volk vor allem zu jedem einzelnen der 37 von ihnen eliminierten Bundeswehrosoldaten.“ Der Post ist inzwischen gelöscht. „BILD“ meint: Völlig irre!“ Ich habe aber noch eine kleine Sammlung von weiteren Zitaten, die ich mit Ihnen teilen möchte. Allerdings ist mir nicht bekannt, wann diese Äußerungen getätigt wurden. Na dann...

• Cigolem Akkaya (Grüne): „Die Leute werden endlich Abschied nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen.“

• Margarete Bause (Grüne): „Nur weil jemand vergewaltigt, beraubt oder hoch kriminell ist, ist das kein Grund zur Abschiebung. Wir sollten uns stattdessen seiner annehmen und ihn akzeptieren, wie er ist. Es gibt Menschenrechte.“

• Stefanie von Berg (Grüne): „Es ist gut so, dass wir Deutsche bald in der Minderheit sind.“

• Daniel Cohn-Bendit (Grüne): „Wir,

die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“

• Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne): „Migration ist in Frankfurt eine Tatsache. Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen.“

• Joschka Fischer (Grüne): „Deutschland muss von (...) innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt, werden.“ (Rezension seines Buches „Risiko Deutschland“) „Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschießen.“ „Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“

• Sieglinde Frieß (Grüne): „Ich wollte, dass Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

• Katrin Göring-Eckardt (Grüne): „Natürlich gehört der Islam zu Deutschland, und natürlich gehören Muslime zu Deutschland. Und ich finde, darüber können wir ganz schön froh sein. Es wäre sehr langweilig, wenn wir nur mit uns zu tun hätten.“ „Die sexuellen Übergriffe in Schorndorf lassen sich zwar keineswegs entschuldigen, aber sie zeigen einen Hilferuf der Flüchtlinge, weil sie zu wenig von deutschen Frauen in ihren Gefühlen respektiert werden.“ „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf.“

• Robert Habeck (Grüne): „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und ich weiß es bis heute nicht.“

• Petra Klamm-Rothberger (Grüne): „In der Heimat des Täters werden vergewaltigte Frauen zum Tode verurteilt. Deshalb musste er sie nach der Vergewaltigung töten. Für diese kulturellen Unterschiede müssen wir Verständnis haben.“

• Renate Künast (Grüne): „Integration fängt damit an, dass Sie als Deutscher mal türkisch lernen!“

• Aydan Özuguz (Grüne): „Dass Asylbewerber kriminell werden, auch unter Umständen Raub begehen, das ist einzig und allein Schuld der Deutschen, weil deren Spendenbereitschaft sehr zu wünschen übrig lässt.“

• Cem Özdemir (Grüne): „Die Vorfälle am Kölner Bahnhof kann man als Hilferuf aller Flüchtlinge werten, weil sie sich von deutschen Frauen sexuell ausgegrenzt fühlen.“

• Jürgen Trittin (Grüne): „Es geht nicht um Recht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“

Zuletzt noch: Arif Ünal (Grüne) – kein Zitat: Die Abschaffung der Eidesformel „Zum Wohle des deutschen Volkes“ wird im NRW-Landtag einstimmig beschlossen. Ünal war der Antragsteller. So, liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie nun genauso empfinden wie ich, bitte ich Sie herzlich, die Ansichten dieser Personen so vielen wie möglich zur Kenntnis zu geben. Ideal wäre bundesweit!

Ich denke, dass das stille Rumlatschen auf den Straßen nicht gegen solche Ideologie ankommt. Wenn nicht wir,

weiter auf der nächsten Seite

Der Amtseid

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

(Der Wortlaut des Amtseides des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und jedes Bundesministers. Der Eid kann auch ohne religiöse Formel gesprochen werden.)

Der WHO-Pandemievertrag

Werden Grundgesetz und Demokratie einem globalen Lobbyverband geopfert?



Von Michael Hauke

Wenn Sie das Stichwort „WHO-Pandemievertrag“ in einer Suchmaschine eingeben, werden Sie unter den obersten Treffern keine kritischen Stimmen finden. Es sind die üblichen Medien, die auftauchen. Die Öffentlich-Rechtlichen, die großen Zeitungen oder Correctiv. Das sind genau die, die in den letzten Jahren all das zur Verschwörungstheorie erklärt haben, das in rasendem Tempo wahr wurde: Zuerst sogar die Maskenpflicht, dann die Lockdowns, die Schulschließungen, die Kontaktsperren. Alles nur Verschwörungstheorien. Wird nie passieren. Hirngespinnste von Verschwörungsideologen, von Rechten, von Nazis.

Wird man Ungeimpfte aus dem gesamten öffentlichen Leben ausschließen? Auf keinen Fall! Eine Verschwörungstheorie der übelsten Sorte. Wir leben schließlich in einer Demokratie! Impfschäden? Wird es nicht geben, die Impfung ist sicher und wirksam! ARD, ZDF, all die Leitmedien und natürlich Correctiv waren sich stets einig: alles nur Verschwörungstheorien. Kurze Zeit später waren sie Realität.

Die Spezialisten für die einzig gültige Wahrheit wurden laufend widerlegt. Ihrem Selbstbewusstsein hat das nicht geschadet, sie machen weiter wie gewohnt. Dass es massive Kritik am

Pandemievertrag gibt, erfährt man nur dadurch, dass genau diese Medien die Kritik – wie immer – als Verschwörungstheorie abtun. Beim ZDF heißt es: „Querdenker und Verschwörungsgläubige machen mit alarmistischen Aussagen Stimmung gegen geplante Reformvorhaben der Weltgesundheitsorganisation.“ Bei WELT lesen wir: „Was hinter der brutalen Stimmungsmache steckt.“ Correctiv: „Faktencheck: Nein, WHO-Abkommen hebt nicht nationale Verfassungen aus!“

Man erfährt also nur indirekt, dass mit dem WHO-Pandemievertrag Ungemach drohen könnte. Aber kann denn eine Weltgesundheitsorganisation für Ungemach verantwortlich sein? Ihr geht es doch um die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen.

Wie immer gilt auch im Falle der WHO: Folge der Spur des Geldes! Wer finanziert diese Organisation? Wer Milliarden in eine Organisation steckt, der hat eigene handfeste Interessen.

Die WHO wird zu einem riesigen Teil von der Impfstofflobby und von der Gates-Stiftung finanziert. Die USA waren früher Geldgeber Nummer eins, haben jedoch unter Trump die Zahlungen erst eingestellt und dann deutlich reduziert. So stieg die Gates-Stiftung zum mit Abstand wichtigsten Financier der WHO auf. Auf Platz zwei rückte die GAVI (Global Alliance for Vaccines and Immunisation), die „Impfallianz“, an der Bill Gates wiederum mit 17% beteiligt ist. Sie wurde am 29. Januar 2000 beim Weltwirtschaftsforum in Davos gegründet. Auch das klingt wie eine Verschwörungstheorie, ist aber genauso wahr.

Die GAVI-Impfallianz und die Bill- und Melinda-Gates-Stiftung finanzieren die WHO ganz maßgeblich. Bill Gates wiederum ist bei den größten Pharmafirmen mit Investments engagiert. Die 194 Mitgliedsstaaten fi-

nanzieren mit ihren Pflichtbeiträgen lediglich rund ein Viertel der Einnahmen. Die WHO ist alles andere als eine Wohltätigkeitsorganisation. Sie hat die Interessen ihrer Geldgeber zu vertreten, wie jedes andere private Unternehmen auch. Im Grunde ist sie ein gigantischer Lobbyverband mit noch gigantischerem Einfluss, der nun in absolute Macht umgewandelt werden soll.

Eine von der WHO ausgerufene Pandemie ist eine unerschöpfliche Geldquelle für die Organisationen, die die WHO finanzieren. Wer darin einen Zusammenhang sieht, ist natürlich ein „Verschwörungsideologe“. Was sonst? Es geht doch nicht um Milliarden-Profit. Es geht allein um die Gesundheit.

Der Abschluss eines „Internationalen Vertrages zur Pandemieprävention“ zwischen der WHO und ihren Mitgliedsstaaten ist weit fortgeschritten.

Sollte er zustande kommen, haben alle Unterzeichner den Weisungen der WHO Folge zu leisten. Dass die Maßnahmen niemals zu hinterfragen sind, hat RKI-Chef Lothar Wieler den Deutschen eingepflegt. Trotzdem gab es massenhaft Proteste.

In Zukunft soll sich kein deutscher Politiker mehr rechtfertigen müssen. Mit der Unterzeichnung des Pandemievertrages sind alle Rechte an die WHO abgetreten. Sie bestimmt, wann Pandemie ist, sie bestimmt die Maßnahmen: ob Maskenpflicht, Schulschließungen, Lockdowns und Kontaktsperren – oder eben Impfpflicht für alle.

Die private, durch nichts demokratisch legitimierte und von der Pharmalobby finanzierte World Health Organisation steht im Falle einer von ihr selbst ausgerufenen Pandemie über allem. Mit der Abschaffung der Grundrechte muss sich kein Bundestagsabgeordneter mehr die Finger schmutzig machen. Das Grundgesetz wird dann direkt von der WHO ausgehebelt.

Der Weg zum Pandemievertrag ist atemberaubend kurz. Am 12.11.2020 unterbreitete der Vorsitzende des Europäischen Rates (das Gremium der Staats- und Regierungschefs der EU),

der Belgier Charles Michel, den Vorschlag, abweichende Staaten bei der „Bekämpfung der Pandemie“ auf Linie zu bringen. Dafür müsste die WHO einen Vertrag mit allen Mitgliedsstaaten abschließen. Keine drei Monate später, am 07.02.2021 verbreiteten die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten einen „Aufruf für einen internationalen Pandemievertrag“.

Am 21.05.21 kündigt die WHO auf ihrer Weltgesundheitsversammlung eine Sondersitzung für den 29.11. 2021 an. Sie dauerte bis zum 01.12.2021. An diesem Tag verkündete die WHO, einen solchen Vertrag aus der Taufe zu heben. Es wurde ein zwischenstaatliches Verhandlungsgremium eingesetzt. Inzwischen ist alles so weit, dass man den Unterzeichnungstermin für Sommer 2024 ins Auge gefasst hat. Der Bundestag müsste den Vertrag dann noch ratifizieren.

Interessant ist, dass der Aufruf der Staatschefs, für den Pandemievertrag zu werben, von den UNO-Vetomächten Russland, China und den USA nicht unterstützt wurde. Auch die BRICS-Staaten Indien und Brasilien fehlten, genauso wie 18 der 27 EU-Staaten, darunter auch Schweden.

Deutschland, das gewöhnt ist, eigene Interessen supranationalen Organisationen wie EU oder NATO unterzuordnen, ist mit Begeisterung dabei. Die damalige Kanzlerin trat massiv für den Pandemievertrag ein. Angela Merkel verbat sich während des knapp siebenmonatigen Lockdowns in Deutschland (2020/21) „Öffnungsdiskussionsorgien“. Die werden der Bundesregierung in Zukunft erspart bleiben, weil sie die gesamte Pandemiepolitik der WHO übertragen wird.

Der Grund für die Eile und den globalen Pakt an sich sind die angeblich bevorstehenden Pandemien. Aber es gab nach der „Spanischen Grippe“ 100 Jahre lang keine Pandemie, und direkt nach Corona, das aller Wahrscheinlichkeit nach einem Labor entstammt, sollen wir schon vor der nächsten stehen? Kommt das keinem spanisch vor?

Leserforum

wer sonst schützt unsere Kinder und Enkelkinder? Zumindest vor den inneren Feinden!

Übrigens, wer mich jetzt als „Rechte“ (ja – ich bin weiblich, bleibe es auch!) oder noch bösartiger bezeichnet – nur zu, ich stehe dazu! **Christine Lenz**

Erde Schönheit, Frieden und gemeinsame Freude geben. Es liegt in unserer Macht. **Regina Fischer**

TESLA - Ein legaler Schwarzbau?

In einer Antwort der Landesregierung vom 13.03.2023 zum Thema „illegales Bauen auf dem Tesla-Werks Gelände“ wurden mindesten fünf Verstöße gegen das Bau- und Umweltrecht bekannt. Seit Monaten gibt es immer wieder Verstöße gegen Bau- und umweltrechtliche Vorschriften seitens Tesla. Strafanzeigen und Bußgelder von rund 17.000 Euro reichten bislang nicht aus, um endlich die illegalen Aktivitäten zu stoppen. Jeder einheimische Betrieb wäre schon längst geschlossen worden. Wenn das Landesamt für Umwelt hier weiterhin seiner Aufsichtspflicht nicht nachkommt, muss es personelle Konsequenzen geben. Andernfalls mutiert Tesla zu einem legalen Schwarzbau.

Steffen John, MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion

Gegen die Einheitsmeinung! Für die Pressefreiheit!

Egal ob Klima, Corona oder Ukraine – es darf nur noch eine Meinung geben. Die Zeitungen des Hauke-Verlages setzen ein spürbares Gegengewicht. Sie stehen für Diskurs und gegen Denkverbote. Das gefällt einigen nicht.

In der Coronazeit wurde ich auf das Schlimmste verleumdet, immer wieder gab es Boykottaufrufe gegen meinen Verlag. Aber die Leser haben in überwältigender Weise zu uns gestanden. Ohne Sie hätten wir das nicht durchgehalten. Weder psychisch noch wirtschaftlich. Vielen Dank dafür! Bitte unterstützen Sie uns weiter.

Wenn Sie eine der ganz wenigen Gegenstimmen erhalten möchten, dann

freuen wir uns über Ihre Zuwendung. Wenn Sie etwas für die Meinungs- und Pressefreiheit tun möchten, unterstützen Sie bitte Ihren konzernfreien, unabhängigen Verlag vor Ort. Sie haben dazu zwei Möglichkeiten:

• **Per Überweisung** auf unser Konto bei der VR Bank Fürstenwalde: DE60 1709 2404 0000 0896 64 (Inhaber: Michael Hauke Verlag e.K.)

• **Per PayPal:** Klicken Sie dazu einfach auf den „Lieb&Teuer“-Button auf unserer Webseite www.hauke-verlag.de

Vielen Dank! **Ihr Michael Hauke**

In unserer Macht!

Lieber Herr Hauke, stellen Sie sich vor, die russischen Soldaten werfen ihre Uniformen weg und sagen: „Ich gehe lieber nach Hause zu meiner Familie und bestelle mein Land.“ Die ukrainischen Soldaten werfen ihre Uniformen weg und sagen: „Ich gehe lieber nach Hause zu meiner Familie und bestelle das Land.“ Alle Arbeiter in den Rüstungsfabriken sagen: „Ich gehe lieber nach Hause und denke über etwas Sinnvolles nach, womit ich dem Wohl von Menschen, Tieren und Pflanzen dienen kann.“

Wenn jeder das Bewusstsein entwickelt hat, dass er ein göttliches Wesen ist und seine Schöpferkraft für das Gute einsetzen möchte, so wird es auf der ganzen

EP: Electro Christoph

Electronic Partner

Hausgerätekundendienst - Meisterbetrieb -

EP: Electro Christoph - Ihr Händler und Fachwerkstatt in Fürstenwalde und Beeskow

Ihr Händler & Kundendienst für

LIEBHERR AEG Constructa

BOSCH Miele

SIEMENS

0%

Finanzierung

(über 10 Monate)

Auf alle Haushaltsgröße-
geräte!

Service: (03361) 6 92 25

Handy: 0171 - 7 27 37 47

Fürstenwalde, Einkaufszentrum Süd
Bahnhofstr. 22 A, Tel. 03361/5 71 02

Beeskow, Breite Str. 3, Tel. 03366/1 52 05 00
Werkstatt: Langewahl, Am Luch 1-4

**Unser
Service
macht den
Unterschied**

24 Stunden shoppen unter: www.ep-electro-christoph.de

Lassen Sie sich begeistern!

Quooker®

Wir haben ihn...

Quooker®

...den Wasserhahn,
der alles kann!

immer gefiltertes

- ... 100 °C kochendes,
- ... gekühltes,
- ... sprudelndes,
- ... stilles Wasser

**Jetzt zum
AKTIONSPREIS!**

... und kinderleicht +
sicher zu bedienen

MENGelektro
seit 1920

Breite Str. 3 • 15848 Beeskow
Tel. 03366 20427 • www.meng-beeskow.de

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr
und nach Vereinbarung auch bei Ihnen zu Hause